



Stadt Biel
Ville de Bienne

Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

09. Stadtratsprotokoll / 09^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 27. Juni 2024, 18.00 Uhr

Séance du jeudi 27 juin 2024 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Niels, Augsburger-Brom Dana, Bord Pascal, Briechle Dennis, Bucher Juliet, Cacciabue Anna Louise, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Eggli Roland, Francescutto Luca, Gerber Andreas, Gloor Yannick, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Kilezi Ruth, Koller Levin, Lehmann Caroline, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Moeschler Marie, Molina Franziska, Müller Lukas, Oberle Fabio, Rindlisbacher Hugo, Rodriguez Ugolini Julian, Roquet Hervé, Rüber Stefan, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schiess Christophe, Schlup Nina, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stolz Joseline, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, van der Meer Marion, Varrin Océane, Wächter Olivier, Weber Philippe, Wendling Cécile, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Arnold Marc, Boly Kady, Celik Pir Chè, Eggimann Roman, Magnin Nadia, Maurer Stefan, Paronitti Maurice, Roth Myriam, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Stocker Julien, Widmer Patrick

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Pittet Natasha

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

--

Vorsitz / Présidence:

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Eggler Isabelle, stv Ratssekretärin

12.	20240080 Tätigkeitsbericht der GPK 2023	47
13.	20240154 Verkehrsbetriebe Biel (VB) / Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2023	49
14.	20240152 Leistungscontrolling CTS SA für das Jahr 2023	52
15.	20240140 Leistungscontrolling Parking Biel AG 2023	55
16.	20240149 Tätigkeitsbericht 2023 / Energie Service Biel/Bienne (ESB)	57
23.	Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission	61
17.	20240067 Motion Eggli Roland, GLP, «Schaffung einer Stadtplanungskommission für die Stadt Biel / Antrag an SR»	62
18.	20240106 Dringliches Postulat Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, «Handlungsspielraum ausweiten zu Gunsten der psychiatrischen Versorgung in Biel»	63
19.	20240107 Dringliches überparteiliches Postulat Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, Boly Kady, PSR, Bucher Juliet, SP, Kilezi Ruth, PSR, «Existenz eines Félicienne-Vouilloz-Muamba-Platzes garantieren»	66
20.	20240108 Dringliche überparteiliche Interpellation Tanner Anna, SP, Kilezi Ruth, PSR, Lehmann Caroline, GLP, Tennenbaum Ruth, PAS, «Einwohner- und Spezialdienste (ESD): Transparenz, Partizipation und Massnahmen jetzt!»	69
21.	20240110 Dringliche Interpellation Wendling Cécile, FDP, «Gefahrenkarte Kanton Bern, Sistierung Planaufgabe, neues geologisches Gutachten für Vingelz»	71
22.	20240109 Dringliche Interpellation Heiniger Peter, PdA, Pir Chè Celik, PdA, Augsburg-Brom Dana, parteilos, «Weiteres Vorgehen im Mettmoos ('Stadtmist')»	72
24.	Neueingänge	73

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Wir setzen die Beratungen von gestern fort und kommen nun zum Traktandum 12, «Tätigkeitsbericht der GPK, 2023».

12. 20240080 Tätigkeitsbericht der GPK 2023

Zumstein Joël, GPK: Ich darf im Namen der GPK das Wort ergreifen zu unserem Tätigkeitsbericht für das Jahr 2023. Per 1. September 2023 durfte ich das Kommissionspräsidium von Anna Tanner übernehmen. Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals ganz herzlich bei ihr für ihre Arbeit und ihr Engagement bedanken. Wir haben gestern erfahren, dass sie aus der GPK zurücktritt. Selbstverständlich bedanke ich mich auch ganz herzlich bei allen anderen Kommissionsmitgliedern für das Engagement, die Arbeit und insbesondere für die gute Zusammenarbeit. Im Berichtsjahr 2023 durften wir insgesamt 64 Geschäfte zuhänden des Stadtrates vorberaten, nicht wenige davon mit grosser Tragweite für unsere Stadt.

Ich möchte kurz einige Punkte hervorheben: Im Rahmen der Finanzstrategie hat sich die GPK sehr intensiv mit dem ganzen Themenfeld der Finanzsanierung befasst. Wir hatten über das Jahr hinweg zahlreiche Sitzungen, sowohl mit dem Gemeinderat als auch später im Prozess mit dem erweiterten Kreis der Fraktionspräsidien. Die endgültige Version der Finanzstrategie wurde im November 2023 zur Kenntnis genommen.

Auch im Bereich der Digitalisierung und Governance gab es einige Dossiers, die uns beschäftigt haben, beispielsweise die Anpassung des Datenschutzreglements, die elektronische Dokumentenverwaltung e-Doc oder das grosse Projekt Digitale Supportprozesse (ERP). Dahinter verbirgt sich nichts anderes als die Ablösung des zentralen ERP-Systems der Stadt Biel.

Nicht zu vergessen sind die Fortschritte im Bereich der Implementierung des internen Kontrollsystems (IKS). Dieses hat eine lange Geschichte, nicht nur bei der GPK, sondern auch vonseiten der Revisionsstelle. Immer wieder wurde es im Revisionsbericht der Jahresrechnung kritisiert und bemängelt. In der Jahresrechnung 2023 haben wir nun erstmals ein positives Verdikt dazu erhalten. Die Revisionsstelle hat keinerlei Mängel oder Bedenken betreffend IKS mehr angemerkt. Ich denke, dies ist ein wichtiger Meilenstein zur Stärkung der städtischen Governance und Risikokontrolle.

Aber auch ausserhalb der Sachgeschäfte, die wir beraten durften, hat sich im Jahr 2023 einiges verändert. Im August 2023 hat Herr Omar El Mohib die Leitung des Ratssekretariats übernommen, und nicht viel später, im November, arbeitete er dann Herrn Xavier Stern in seine neue Funktion als Kommissionssekretär ein. Nach einiger Hektik und sicher belastender Zeit für die Mitarbeitenden des Ratssekretariats können wir jetzt ohne schlechtes Gewissen und ohne irgendwelche Bedenken sagen, dass wir in einer professionellen und gut organisierten Situation sind. Wir werden tatkräftig vom Ratssekretariat unterstützt und erleben ein rundum professionelles Umfeld. Im Namen der GPK bedanke ich mich nicht nur bei Herrn El Mohib, vielmehr bedanke ich mich beim ganzen Ratssekretariat und hoffe, dass der Dank weitergegeben wird. Wir freuen uns weiterhin auf die gute Zusammenarbeit.

Abschliessend habe ich noch eine kleine inhaltliche Bemerkung zum Bericht selbst. Ich wurde von Herrn Briechle auf einen Fehler aufmerksam gemacht, der sich leider bei der Übersetzung des Berichts eingeschlichen hat. Der Fehler ist nur in der deutschen Version und zwar betrifft dies den Abschnitt «Prüfungsfeststellungen» auf Seite 8 im

Bericht. Im dritten Aufzählungspunkt steht zu den Baurechten der Betrag von CHF 1'561'000.00 Mio., das wäre etwas gar viel. Das Wort «Millionen» ist überflüssig, da der Betrag schon in Ziffern ausgeschrieben ist.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Ich möchte meinen Dank an die GPK aussprechen. Der Tätigkeitsbericht zeigt es deutlich: Es ist eine riesige Arbeit. Es war Anna Tanner, die die Kommission als Präsidentin geleitet und das Präsidium dann an Joël Zumstein übergeben hat. Isabelle Torriani-Latscha, Caroline Lehmann, Urs Scheuss, Titus Sprenger und Daniel Suter, wir von der Fraktion SP/JUSO danken der ganzen Gruppe herzlich für ihre Arbeit und auch für die Bewältigung der schwierigen Zeiten mit der Sekretariatsübergabe und dann noch mit der Finanzstrategie dazu. Das war wirklich herausfordernd! Herzlichen Dank!

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Mit einem besonderen Interesse hat die Fraktion GLP+ die Abschnitte betreffend Rechnungsprüfung, Beschaffungswesen und IKS gelesen. Diese Themen hat unsere Fraktion in den letzten Jahren mehrfach thematisiert, da aus unserer Sicht Handlungsbedarf besteht. Bereits im Rahmen der Revision der Stadtordnung (SO; SGR 1.0-1) haben wir auf die problematische Stellung der internen Finanzkontrolle aufmerksam gemacht, welche nicht als unabhängig vom Gemeinderat gelten kann. Bei der Rechnungsprüfung kann deshalb nur beschränkt auf sie abgestützt werden. Im Rahmen der Rechnungsprüfung 2023 beschäftigte sich auch das Rechnungsprüfungsorgan mit dieser Frage. Das Rechnungsprüfungsorgan hat dabei ebenfalls explizit festgestellt, dass die an und für sich festgeschriebene Unabhängigkeit der Finanzkontrolle gegenüber der Verwaltung relativiert werden muss, da sie eben direkt der Finanzdirektion und somit dem Gemeinderat unterstellt ist. Dies hat zur Folge, dass das Rechnungsprüfungsorgan zusätzliche Reviews und Prüfungsarbeiten vornehmen muss, was mit einem Mehraufwand verbunden ist.

Auch die Prozesse im Beschaffungswesen haben wir mehrfach thematisiert. Die von der GPK oftmals kritisierten Abrechnungen, bei welchen die Verfahren entweder nicht eingehalten wurden oder nicht mehr nachvollziehbar sind, unterstreichen den Handlungsbedarf in diesem Bereich. Mit unserem, vom Stadtrat Anfang 2020 erheblich erklärtem Postulat betreffend Massnahmen zur Verbesserung des Beschaffungswesens (20190127 «Überprüfung und Reform des Beschaffungswesens») haben wir dem Problem Nachdruck verliehen. Entsprechend erfreut nimmt nun die Fraktion GLP+ zur Kenntnis, dass die Revisionsstelle die zwischenzeitlich ergriffenen Massnahmen im Bereich des Beschaffungswesens ausdrücklich begrüsst. Handlungsbedarf wird noch bei der Validierung von Verträgen und Rechnungen erkannt. Der Sprecher der GPK hat bereits erwähnt, dass die Einführung eines IKS ebenfalls eine langjährige Forderung des Stadtrats ist. Über Jahre hinweg wurde das fehlende IKS im Bericht der GPK jeweils bemängelt. Entsprechend erfreulich ist, dass im diesjährigen Bericht erwähnt werden kann, dass die Revisionsstelle das nun praktizierte System als «geeignet» bezeichnet, auch wenn noch gewisser Verbesserungsbedarf besteht. Die Fraktion GLP+ dankt ebenfalls der GPK für ihre wertvolle Arbeit, welche sie im vergangenen Jahr geleistet hat.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Tätigkeitsbericht 2023 der GPK.

13. 20240154 Verkehrsbetriebe Biel (VB) / Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2023

Sprenger Titus, GPK: Die VB prägen das Bild der Stadt, sie bringen taktvoll Bewegung in viele Quartiere und über die Stadtgrenzen hinaus und sie sind ein wichtiger Arbeitgeber für unsere Region. Vor allem aber leisten die Mitarbeitenden mit ihrem Einsatz täglich einen wichtigen Beitrag für das gute Funktionieren von Gesellschaft und Wirtschaft. Ihnen gebührt daher auch seitens der GPK ein grosses Merci, dies insbesondere in Zeiten höherer Nachfrage und am Vorabend von zahlreichen Änderungen. Letztere mögen für die Öffentlichkeit noch nicht spürbar sein, führen aber bereits heute hinter den Kulissen zu entsprechenden Einsätzen. Die GPK hat vom vorliegenden Bericht Kenntnis genommen und dankt Gemeinderat und VB.

Wiederkehr Martin, Fraktion SP/JUSO: Auch die Fraktion SP/JUSO hat diesen Bericht gebührend zur Kenntnis genommen und spricht den VB und seinen Mitarbeitenden grossen Dank aus. Der öffentliche Verkehr (ÖV) ist Teil des Service public und ein wichtiges Anliegen der Fraktion SP/JUSO und ich vermute auch von allen anderen Stadtratsmitgliedern. Ohne ÖV wäre es schwierig, sich in der Stadt zu bewegen, obschon für ganz Junge die E-Trottinets heute schneller unterwegs sind als die VB. Die VB werden jedoch gebraucht und das immer mehr. Die Einwohnerzahlen in Biel und der Umgebung nehmen zu, was zu einer markanten Zunahme um 10% der beförderten Personen führte. Dies ist der Linienverdichtung zu verdanken. Ein dichter Fahrplan wird entsprechend mehr genützt und bringt eine wesentliche Verbesserung.

Zudem nehmen wir erfreut zur Kenntnis, dass sich Nachhaltigkeit und Qualität der VB an der Zukunft orientieren. Die Batterie-Busse sind umweltfreundlich. In den Quartieren sind keine Dieselsebusse mehr im Einsatz, was weniger Lärm und weniger Emissionen erzeugt. Auch dies ist erfreulich, vor allem, wenn alle fünf Minuten ein solcher Bus geführt wird. Uns freut ausserdem, dass die Sanierung der Leubringenbahn geplant ist. Es ist an der Zeit, dass die Leubringenbahnstation behindertengerecht umgebaut wird. Wir konnten dem Bericht entnehmen, dass ab 2026 neue Busse angeschafft werden. Im nächsten Jahr merken wir noch nicht viel davon, aber der ganze Betrieb soll mehr oder weniger elektrifiziert und auf den Hauptachsen verdichtet werden. Da stellt sich die Frage, ob bei dem ganzen Ausbau das heutige Depot den zukünftigen Ansprüchen genügt und ob sein Standort mitten in der Stadt überhaupt noch richtig ist. Danke nochmals für diesen Bericht und das positive Ergebnis.

Weber Philippe, au nom du Groupe Alliance Verte: Nous avons de quoi nous réjouir. Les TPB ont enregistré une évolution positive de leurs activités en 2023. Le retour des usagers après les chiffres noirs des années Covid permet aux TPB de se projeter dans l'avenir, donc la transition écologique de leurs activités en envisageant la sortie complète des énergies fossiles dès 2030 et en poursuivant le développement du réseau. Des investissements conséquents seront nécessaires et sont déjà planifiés. La bonne santé financière de l'entreprise est évidemment une condition essentielle pour y arriver. Mais une autre condition fondamentale à cette transition est bien sûr l'engagement continu et massif des pouvoirs publics dans le développement et la promotion des transports publics, plutôt que l'extension des infrastructures destinées à la mobilité individuelle motorisée. Appelée depuis des années, cette transition reste encore beaucoup trop lente à nos yeux. Nous soutenons donc une augmentation plus rapide des fréquences et du nombre de lignes, tout en garantissant le 100% électrique. Il est urgent de récupérer la place occupée par les mobilités qui détruisent notre climat et notre

environnement pour la mettre à disposition des transports publics et des mobilités actives. Aujourd'hui, il reste malheureusement toujours possible de prendre son SUV pour se rendre de Vigneules au Château de Nidau. Ce n'est qu'avec une plus grande attractivité des transports publics que nous pourrions mettre fin à de tels comportements. Notre parti continuera à s'engager dans la voie de la promotion des transports publics et activera donc tous les leviers nécessaires pour cela. Merci beaucoup.

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Zur Strategie 2030 steht, dass 21 Batterie-Trolleybusse beschafft werden sollen. Sind das dieselben 21 Trolleybusse, welche in der Statistik auftauchen und bereits heute batteriebetrieben fahren? Was ist mit den 30 Dieselsebussen? Beziehen sich die 21 Busse in der Strategie auf Dieselsebusse? Wenn das der Fall ist, warum werden nicht alle Dieselsebusse ersetzt? Warum werden nicht Hybridbusse eingesetzt, wie es beispielsweise auf der Linie 6 der Fall war? Die Linie war extrem erfolgreich und die Fahrzeuge ebenfalls viel leiser unterwegs. Durch Rekupe-ration während der Talfahrt, nahm der Dieselseverbrauch auf dieser Strecke deutlich ab. Ich möchte wissen, wie die Strategie 2030 konkret aussieht. Welche Fahrzeuge werden ersetzt? Wie wollen Sie noch mehr Linien mit noch mehr Passagieren bei zwei Fahr-zeugen weniger fahren? Was passiert im Rahmen der Dekarbonisierung mit den übrigen rund 20 Dieselfahrzeugen, welche offenbar auch nach 2030 in Betrieb sind?

Scherrer Jürg, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Herr Wiederkehr hat so viel gesagt, dass ich das nicht wiederholen muss. Nur eine kleine Bemerkung: Der Kostendeckungsgrad der VB beträgt im Fahrbetrieb 41%. Es fragt sich also, wer den Verlust oder den Minderertrag oder wie man das auch immer nennt, deckt. Gewisse Stadtrats-mitglieder vergessen gerne, dass der Verlust zum grossen Teil vom Steuerzahler ge-deckt wird. Das Geld stammt vom Bund und zu einem ganz erheblichen Teil von den Autofahrern. Denken Sie nächstes Mal daran, wenn Sie gegen das Auto votieren.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Besten Dank für die positive Würdigung des Geschäfts-jahrs 2023 der VB. Es ist in der Tat ein Jahr, das Freude gemacht hat, weil die Passa-giere zurückgekommen sind. Das Aufkommen liegt über den Vor-Corona-Zahlen, was nicht selbstverständlich ist. Die Frage ist, was die Gründe dafür sind. Einen Erklärungs-ansatz hat sicher Herr Wiederkehr geliefert. 2021, mitten in der Pandemie, wurde das Angebot deutlich verbessert und die positive Wirkung sieht man jetzt. Der zweite Grund hat sicherlich mit der Struktur der Arbeitsplätze zu tun. Es gibt in Biel viel weniger Be-triebe, die Homeoffice anbieten können, als beispielsweise in Bern. Einer der grössten Homeoffice-Anbieter auf dem Platz Bern ist die SBB, interessanterweise ein Mobilitäts-unternehmen. Dort sind immer noch ganze Etagen in den Bürogebäuden leer, während bei uns im Bözingenfeld mit den produzierenden Betrieben nicht im Homeoffice gear-beitet werden kann. Entsprechend sind die Leute bei uns vermehrt an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt. Wir gehen davon aus, dass es eine Kombination aus der Verbesserung des Angebots im ÖV und der Art und Weise der Arbeitsplätze in Biel ist. Jedenfalls ist es eine gute Nachricht und es zeigt, dass die VB ein Angebot produzieren, das dem Bedürfnis entspricht.

Ich weise auf die Aussagen von Herrn Weber hin und halte fest, dass über das Angebot zuerst die Regionale Verkehrskonferenz berät, dann entscheidet der Regierungsrat und der Grosse Rat. Es ist nicht so, dass die VB das Angebot selber bestimmen kön-nen. Was sich die Verkehrsplaner wünschen und was hier im Stadtrat gefordert wird, ist nicht immer identisch mit dem, was sich nachher auch wirklich umsetzen lässt. Es ist an sich gut, dass mehrere Stellen beteiligt sind. Die Auseinandersetzung über sinn-

volle Lösungen führt meistens zu besseren Ergebnissen. Ausserdem sind weitere Elemente für die Attraktivität des ÖV entscheidend. Zu dem was im städtischen Strassenraum geschieht sind natürlich die Bieler Behörden selber sehr stark herausgefordert. Sie können bei Infrastrukturprojekten durchaus auch etwas beitragen. Bei den vfM (verkehrlich flankierenden Massnahmen) der Nord- und Südachse beispielsweise geht es um die Verbesserung der Situation des ÖV sowie des Velo- und Fussverkehrs. Der Stadtrat kann dort einen Beitrag leisten, dieses Ziel zu erreichen.

Herr Wiederkehr, längerfristig ist das Depot an der Bözingenstrasse irgendwann nach 2030 zu klein. Der Standort liegt wahrscheinlich auch zu sehr im Wohngebiet. Abklärungen für einen neuen Standort laufen. Eines der Probleme ist, wo in der Stadt das Depot stehen soll. Mit Blick auf die Linienstruktur wäre dies sinnvollerweise auf dem Zentralplatz, in der Mitte des Netzes. Auf Bieler Boden hat es vor allem im Bözingenfeld noch Landreserven. Dort sind Sie aber an einem der Endpunkte des Netzes, respektive Sie müssen dort gegenüber heute mehr Fahrzeuge über die Südachse einschleusen. Der heutige Standort hat übrigens noch andere Nachteile. Sie kennen alle die Giebelhalle, die dort steht. Diese ist denkmalgeschützt, sie ist aber strukturschwach, energetisch nicht sehr gut und der vorhandene Platz ist nur beschränkt nutzbar. Wir haben geprüft, ob wir die heutige Halle unterkellern können. Leider ist das technisch extrem schwierig. Zudem haben wir mit der Nachbarschaft an der Fontenalstrasse bereits heute grosse Diskussionen. Auch deshalb wird es einen neuen Standort brauchen. Infrage kommen allenfalls zwei Standorte, jeweils an zwei Endpunkten des Netzes. Ich vermute, es wird aber eher ein zentraler Standort werden. Der neue Standort kann viel effizienter ausgenützt werden als der heutige. Dieser ist seit 1948 in Etappen historisch gewachsen.

Herr Sutter, Sie machen mir das Leben etwas schwer, denn Sie haben mir Ihre Fragen nicht vor der Sitzung gestellt. Ich weiss nicht, aus welchen Dokumenten Sie zitiert haben, also antworte ich Ihnen so, wie ich das vermag. Die erste Ablösung umfasst die Fahrzeuge 181 bis 186 der Solo-Busse, 154 bis 158 der Gelenkbusse sowie Diesel- und Trolleybusse 51 bis 60. Diese erste Tranche vor 2030 umfasst 21 Fahrzeuge. Die Hälfte der Autobusflotte ist bereits auf elektrischen Antrieb umgestellt. Die älteren Trolleybusse sind jene, welche heute im Ausnahmebetrieb, wie beispielsweise an der Braderie noch mit Diesel fahren. Diese bieten übrigens mehr Flexibilität beim Fahrzeugeinsatz. Der zweite Teil der Autobusse der Dieselflotte, 160 bis 171 (Gelenkbusse) und 190 bis 199 (Solos), ist nach 2032 15 Jahre alt und kann aufgrund der Abschreibungsfristen des Kantons auch erst dann ersetzt werden. Die Batterieautobusse 201 bis 202, die vom See her in das Lindenquartier fahren, werden stromabnehmende Ruten erhalten, was sie auf dem ganzen Netz einsatzfähig macht, also auch dort, wo die Gelenkbusse eingesetzt werden. Das ganze Stadtnetz wird auf Elektroautos umgestellt. Das Überlandnetz kommt später, teilweise fahren dort andere Anbieter. Das ganze Stadtnetz wird mit Trolleybussen betrieben. Der Grund dafür ist, dass es wirtschaftlicher ist, unser bereits bestehendes, relativ grosses Fahrleitungsnetz zu nutzen, das sehr teuer war. Alle Linien fahren eine genügend lange Strecke unter der Fahrleitung, um bis zu den Strecken ohne Fahrleitung ausreichend zu laden. Für die Trolleybusse, nicht für die Batteriebusse, sind nur ganz wenige Komplettierungen des Leitungsnetzes notwendig. Wir haben festgestellt, dass die Anlagen, welche wir im Lindenquartier bauen, sehr unflexibel sind. Verschiebungen von Routen oder Haltestellen sind mit dem Fahrleitungsnetz viel besser möglich und deshalb kommt diese Lösung. Das heisst, es gibt jetzt erstmals seit ungefähr 1980 wieder kurze Solo-Trolleybusse. Die Trolleybusse laden unter der Fahrleitung. Jene, die quer fahren, von Nord nach Süd und umgekehrt, haben in der Innenstadt eine Fahrleitung. In Richtung Beaumont, Port, Linde-Kliniken

und -Schulen fahren sie mit eingezogenen Ruten. Die Beschaffung wird irgendwann kurz nach 2030 sein. Es ist nicht auszuschliessen, dass sich diese Planung verzögert, weil im Moment enorme Lieferschwierigkeiten bestehen. Ein Anbieter von Trolleybussen ging pleite. Die Firma Van Hool mit ihren hässlichen grünen Kisten, die am Genfersee fahren, ist nicht mehr auf dem Markt. Ich hoffe, damit sind alle Fragen beantwortet.

Ich habe aber noch eine Bemerkung an Herrn Scherrer: Natürlich ist ein möglichst hoher Kostendeckungsgrad im ÖV wünschenswert. Der Kostendeckungsgrad bei den VB war logischerweise während Corona tief, ist aber seither gestiegen. Ein sinnvolles Netz kann nicht immer kostendeckend sein, sonst gibt es in den Randstunden keine Busangebote, am Wochenende viel weniger und dann nutzen die Leute den Bus nicht. Deshalb gibt es Zuschüsse. Das ist politisch so gewollt und scheint mir auch richtig, wenn man den ÖV attraktiv machen will.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2023 der Verkehrsbetriebe.

14. 20240152 Leistungscontrolling CTS SA für das Jahr 2023

Torriani Isabelle, au nom de la Commission de gestion: La Commission de gestion remercie le Conseil municipal pour ce rapport, dont elle a pris connaissance avec intérêt. On constate que les charges d'entretien ont augmenté, ainsi que les charges d'exploitation. On peut expliquer cela principalement par l'augmentation des coûts de l'énergie. Heureusement, les recettes d'exploitation ont également augmenté, mais pas suffisamment. Pourtant, elles nous mènent à penser que la demande s'oriente vers une hausse. Le constat que la CTS fait face à des difficultés sur le plan économique, a amené le Conseil municipal à entreprendre des travaux d'analyse et à envisager des propositions qui seront soumises au Conseil de ville le moment venu. Nous attendons donc ce rapport et nous en prendrons connaissance avec intérêt. Je vous remercie de votre attention.

Lehmann Caroline, Fraktion GLP+: 2023 hat mein Parteikolleg Julien Stocker ein sehr kritisches Votum zum Leistungscontrolling und zur Jahresrechnung 2022 der CTS gehalten. Bereits in anderen Jahren hat die Fraktion GLP+ darauf hingewiesen, dass bei der CTS Nachholbedarf besteht. Die Ausgaben waren bereits vor Corona im Verhältnis zu den Einnahmen zu hoch. Die garantierte Defizitdeckung der Stadt, die wir heute haben, ist keine zufriedenstellende Lösung. Im Bericht 2022 hiess es, dass das Fundament der CTS stabil sei, dass wir auf gutem Weg sind und dass sich die CTS nach Corona wieder erholt. Dass die Energiepreise für das Jahr 2023 steigen werden, war damals schon bekannt und wurde im Stadtrat diskutiert. Im Leistungsbericht wurde dies aber nicht erwähnt. Deshalb hat unsere Fraktion den diesjährigen Bericht mit grossem Interesse erwartet.

Gleich vorab: Wir sind auf jeden Fall sehr erfreut, dass die Einnahmen wieder steigen. Gerade die Sport- und Freizeitbetriebe, die im letzten Jahr noch sehr schlecht dastanden, konnten ihre Ergebnisse verbessern und fast wieder schwarze Zahlen schreiben. Es scheint klar, dass Leitung und Mitarbeitende der CTS daran arbeiten, den Betrieb finanziell nachhaltiger zu gestalten, wie beispielsweise durch die im Bericht erwähnten Prozessverbesserungen.

Wir sehen aber auch, dass die Lage noch immer sehr kritisch ist. Wie erwartet, sind die Energiekosten und damit auch der Betriebsauswand um fast 30% gestiegen. Dies führte wieder zu einem schlechten Ergebnis. Wie dieser Entwicklung entgegengewirkt werden kann, bleibt im Moment offen. Das diesjährige Leistungscontrolling ist für uns aber definitiv ein Lichtblick, da die Lage nicht mehr beschönigt wird. Die CTS steht vor grossen Herausforderungen. Es reicht nicht, einfach ein bisschen hier und da zu schrauben und die externen Krisen abzuwarten. Mit Freude haben wir gelesen, dass die tiefgehenden Analysearbeiten des Gemeinderats bereits gestartet wurden und auch das Parlament zum entsprechenden Zeitpunkt informiert werden soll.

Die Fraktion GLP+ bedankt sich für den diesjährigen Bericht und die Arbeiten des CTS-Teams im vergangenen Jahr. Auch wenn wir grundsätzlich immer noch kritisch gestimmt sind, nehmen wir den Bericht doch hoffnungsvoller zur Kenntnis als im letzten Jahr und wünschen uns, dass zeitnahe Verbesserungen realisiert werden.

Oberle Fabio, Fraktion SP/JUSO: Das Jahr 2023 war für die CTS nicht leicht. Die durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten dramatischen Energiepreiserhöhungen führten dazu, dass die Ausgaben für Energie stark anstiegen. Für die Fraktion SP/JUSO stellen sich trotzdem ein paar Fragen: Ich gehe davon aus, dass die CTS ihre Energie nicht in der Grundversorgung, sondern über den freien Markt bezieht. Weshalb ist das so? Bei der Durchsicht des Berichts hat man das Gefühl, dass der Strom ein Vielfaches mehr kostet. Die CTS hat sich entschieden, auf den freien Markt zu gehen und hat in diesem Pokerspiel nun ein schlechtes Blatt. Ein bisschen Selbstkritik hätte diesem Bericht sicher nicht geschadet. Auch sonst hatte die CTS kein einfaches Jahr und ein paar mediale Skandälchen. Ich erinnere an den Sommer, als viele langjährige Stammkunden ihren Unmut über die Zustände im Strandbad äusserten. Auch in meinem Umfeld hörte ich von verschiedenen langjährigen CTS-Kunden nicht viel positives Feedback. Die Jahre davor hatte die CTS ebenfalls viel negative Berichterstattung. Ich werde jetzt nicht alles aufzählen, erinnere aber an die Posse mit der Neubesetzung der Direktion. Die Fraktion SP/JUSO hat das Gefühl, dass die CTS sich als normales Unternehmen mit Bielerinnen und Bielern als Kundschaft sieht und nicht als Service-public-Dienstleisterin. So hat man die CTS in den letzten Jahren nicht unbedingt für ihren geleisteten Service public wahrgenommen, sondern in erster Linie durch die Probleme ihrer, sicher nicht ganz billigen, Geschäftsleitung. Wir nehmen den vorliegenden Bericht zur Kenntnis und werden weiterhin einen kritischen Blick auf die CTS werfen.

Zuletzt möchten wir aber uns noch bei all jenen bedanken, die bei der CTS arbeiten. Es ist ihre harte Arbeit, die den Service public ermöglicht und am Leben erhält. Bei all den negativen Berichterstattungen über die CTS muss gesagt werden, dass diese nicht durch die Qualität ihrer Angestellten verursacht wurden, sondern dass durch deren alltägliche Arbeit vermutlich noch mehr negative Berichterstattung verhindert wird.

Sprenger Titus, Fraktion Grünes Bündnis: Die gleiche Leistung zu erbringen, dabei Mehreinnahmen zu generieren und die Personalkosten sogar noch zu senken, verdient Applaus. Die Jubelrufe bleiben einem durch die massiv gestiegenen Energiekosten jedoch im Hals stecken. Wir sprechen von CHF 3 Mio. mehr gegenüber dem Vorjahr, also von CHF 4,9 Mio. statt CHF 1,9 Mio. Diese Mehrkosten sind nicht auf ein Verschulden des Personals zurückzuführen. Es ist unfair, dass eine tolle Leistung seitens der Mitarbeitenden nicht durch ein tolles finanzielles Ergebnis belohnt wird. Massnahmen wurden ergriffen, insbesondere im technischen Bereich. Diese sind bekanntlich sozial verträglicher als beim Personal anzusetzen. Die Umrüstung auf LED mag als

eine dieser technischen Massnahmen zwar gut gemeint sein, hätte aber schon vor Jahren vorgenommen werden können. Vor allem aber dürfte diese Massnahme nur ein kleiner Tropfen auf den heissen Stein sein. Vergeblich sucht man im vorliegenden Jahresbericht nach Worten wie erneuerbar oder ökologisch. Dabei gab es Warnrufe, wonach die Energiepreise in Zukunft steigen, schon weit vor Corona. Umso mehr überrascht, dass eine so grosse Energieverbraucherin wie die CTS noch immer keine Strategie zur Verbesserung verfolgt. Die Zeichen der Zeit auf strategischer Ebene verschlafen zu haben, rächt sich nun mit viel höheren Energiekosten. Im Interesse der Aufgaben, welche die CTS als Service public erbringt und im Interesse der Mitarbeitenden bleibt zu hoffen, dass neue Köpfe die dringend nötige Kurskorrektur in Sachen Nachhaltigkeit bringen.

Roquet Hervé, au nom du Groupe PSR: Le groupe PSR a pris connaissance du rapport du Conseil municipal au Conseil de Ville avec inquiétude. La situation de la société CTS n'est pas du tout satisfaisante. Le déficit structurel est grand. Et le rapport qui nous a été soumis reste très vague et flou. On y apprend que des travaux de réflexion ont été entamés, mais strictement aucune piste de ces réflexions n'est esquissée. Les recettes et les charges d'exploitation sont présentées de manière si peu détaillée que le Conseil de ville est gardé dans l'ignorance, autant sur les problèmes que sur les solutions envisagées. Étant donné les lieux et les bâtiments importants de la Ville gérés par CTS, nous exprimons notre inquiétude et espérons que le Conseil municipal pourra proposer des solutions concrètes rapidement et informer le Conseil de ville avec plus de détails et de précisions que de simples affirmations de son « bon espoir que les mesures qui ont été prises soient une réussite pour la CTS en termes de charges et de revenus » (citation de la dernière phrase du rapport), alors que ces mesures ne sont pas du tout détaillées dans le rapport. Nous espérons à l'avenir plus de clarté et plus de détails pour un tel rapport. Je vous remercie.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Zuerst besten Dank für die durchaus differenzierte Beurteilung dieses nicht ganz einfachen Geschäftsjahrs der CTS. Es sind in der Tat grosse Herausforderungen, die sich der CTS stellen. Wenn es an allen Ecken gleichzeitig brennt, ist es manchmal nicht einfach zu entscheiden, wo anzufangen ist. Wichtig scheinen mir aber ein paar Überlegungen in diesem Zusammenhang.

Herr Oberle, welche Service-public-Leistungen und welche Marktleistungen die CTS erbringt, sind im entsprechenden Vertragswerk, welches vom Volk genehmigt wurde, festgehalten. Der Stadtrat hat festgelegt, wo welche Leistungen gewünscht sind. Es gibt Vorgaben bei der Rabattierung für die Vereine, beispielsweise für Säle im Kongresshaus, die grundsätzlich am Markt vermietet werden können. Im Strandbad gab es durchaus in der Vergangenheit gewisse Schwierigkeiten, das ist nicht von der Hand zu weisen. Allerdings prallen viele unterschiedliche Auffassungen aufeinander, was man dort machen sollte. Es gibt jene, die es gratis wollen, es gibt jene, die gerne eine Beachvolleyball-Anlage möchten und was weiss ich noch alles. Es gibt jene, die ihre Ruhe wollen und gerne bereit sind, Eintritt zu bezahlen. Dass eben keiner mit einem Hund, dem Frisbee oder Ghettoblaster hineinkommt, ist einfach so. Mit einfachen Massnahmen wurde sehr viel in die Attraktivierung des Geländes investiert. Das einfach nur unter einem negativen Blickwinkel anzuschauen, finde ich falsch.

Ich komme zur Frage, ob die CTS ihren Stromeinkauf im freien Markt tätigt. Die CTS als Ganzes ist nicht im freien Markt. Im freien Markt ist nur die Tissot-Arena. 2015, als sie ihren Betrieb aufnahm, wurde von allen Experten empfohlen, eine Anlage, die so viel Energie braucht, auf den freien Markt zu bringen. Inzwischen sind alle schlauer und

die, welche die Ratschläge damals gaben, sind jetzt eher still. Im Schnitt hat es sich nicht gelohnt. Die anderen Objekte der CTS, ausgenommen das Strandbad, beziehen ihre Energie im geschützten Markt. Das heisst, der Ausschlag ist nicht so hoch, aber dafür steigen die Kosten noch, wenn sie im freien Markt bereits wieder fallen. Die Preisausschläge sind weniger stark, sie steigen und sinken jedoch langsamer. Wir haben nachgerechnet, dass für die Tissot-Arena der geschützte Markt über zehn Jahre hinweg die finanziell interessantere Lösung gewesen wäre. Sie können aber, wenn Sie sich einmal für den freien Markt entschieden haben, nicht mehr zurück. Zusammen mit dem ESB (Energie Service Biel/Bienne) wurde die Energieversorgung mit einem sogenannten Tranchen-Modell gewählt. Dieses Modell wenden auch viele Industriefirmen an. Dabei wird immer wieder ein Teil der Energie auf ein paar Jahre im Voraus beschafft, entsprechend lassen sich Preisausschläge glätten. Die CTS hatte das Pech, dass der frühere fixe Vertrag auf Ende 2022 ausgelaufen war. Zeitweise warnten die Energiefirmen vor einer Energieknappheit. Es hat sich dann anders entwickelt, aber zu berücksichtigen ist der Informationsstand zum Zeitpunkt der Beschaffungsentscheide.

Herr Roquet sagt, dass Angaben über die Strukturüberprüfung im Bericht fehlen. Wenn wir bereits heute schreiben, was alles zu machen wäre, würden Sie uns vorwerfen, wir würden kein «Out of the box-Denken» zulassen. Die Idee ist ja genau, dass die Strukturüberprüfung unvoreingenommen und ergebnisoffen stattfindet. Sie können ineffizient eine AG führen und effizient in der Verwaltung arbeiten oder umgekehrt, diese Fragestellung ist nicht ausschlaggebend. Fragen, ob allenfalls Doppelspurigkeiten bestehen und wo etwas verbessert werden kann, sind hingegen relevant. Das Leistungscontrolling betrifft immer das abgelaufene Jahr. Der Gemeinderat hält sich, wie beim Geschäftsbericht übrigens auch, sehr strikt daran. Natürlich sind wir inzwischen mit den Arbeiten zur Strukturüberprüfung weiter, aber sie sind nicht fertig. Deshalb sage ich inhaltlich auch noch nichts dazu.

Festhalten lässt sich, dass die CTS aufgrund der Energiekosten, aber zum Teil auch aufgrund von verändertem Kundenverhalten, vor grossen Herausforderungen steht. Die Strukturüberprüfung wird sehr seriös und vertieft gemacht. Sie werden zu gegebener Zeit die Resultate erfahren, vor allem aber über die Vorschläge, welche der Gemeinderat gestützt darauf erarbeitet hat, entscheiden können.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Leistungscontrolling der CTS SA.

15. 20240140 Leistungscontrolling Parking Biel AG 2023

Torriani Isabelle, au nom de la Commission de gestion: La Commission de gestion a pris connaissance de ce rapport avec intérêt et en remercie le Conseil municipal. Le Conseil d'administration de Parking Bienne SA s'est réuni à trois reprises au cours de l'année dernière. La société exploite trois parkings, soit celui de la gare, celui du Palais des Congrès et celui de la Vieille Ville. L'exercice 2023 boucle sur un bénéfice net de plus d'un million de francs, soit un peu inférieur à l'exercice précédent. Il convient de relever que les capitaux propres de l'entreprise s'élèvent actuellement à 11,5 millions de francs. Concernant la station vélo, il faut relever que le recul de l'excédent de revenus se poursuit par rapport aux dernières années, en raison de travaux qui ont dû être réalisés et parce que depuis la panne du serveur, aucun nouvel abonnement n'a pu être vendu. Je vous remercie de votre attention.

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Ich bedanke mich für das Leistungscontrolling und den Bericht. Die Umsatzzahlen zeigen leicht nach oben. Vielleicht ist das ein gutes Zeichen, weil es bedeutet, dass die Oberflächenparkplätze weniger genutzt werden. Aus den Daten lässt sich das nicht klar sagen, dafür sind zu wenig vorhanden. Uns fehlen nach wie vor Zahlen zur Auslastung der Parkhäuser.

Ich beziehe mich auf den Serverausfall und die negativen Schlagzeilen rund um die Velostation. Zum Zugangssystem, welches ausgefallen ist, steht nichts im Bericht, und das finde ich doch erstaunlich oder auch störend. Die Velostation ist ein wichtiger Service für einen Teil der Velofahrenden in der Stadt Biel. Der Ausfall über mehrere Monate hinweg ist eigentlich nicht akzeptabel. Der Gemeinderat hat bestätigt, dass die pauschale Abgeltung an die Stadt nicht CHF 2,7 Mio. beträgt, sondern CHF 2,75 Mio.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Ich lege meine Interessenbindung offen, ich bin Mitglied des Vorstands von Pro Velo Biel-Bienne-Seeland-Jura Bernois. Neben der erfreulichen Tatsache, dass unsere Parkhäuser so gut belegt waren wie noch nie, überrascht es nicht, dass mich primär die Ausführungen zur Velostation interessiert haben. Bald ein Jahr nach dem Ausfall der IT-Infrastruktur an der Velostation am Bieler Bahnhof ist das Angebot weiterhin für viele Nutzende unbefriedigend. Das Angebot an Abonnenten ist sogar noch schlechter als vor dem Ausfall. So ist beispielsweise das beliebte Zwölfer-Abo nicht mehr erhältlich. Eine spontane Nutzung der Velostation an einem einzelnen Tag ist nicht möglich, beziehungsweise nur zu den äusserst spärlichen Öffnungszeiten während drei Stunden pro Woche. Ein solches Angebot ist für eine Stadt von der Grösse Biels nicht zeitgemäss. Zudem widerspricht es dem Ziel, das Velofahren in Biel zu fördern, wie es der Stadtrat im Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs (SGR 7.6-1) festgelegt hat. Für die Veloförderung ist es zentral, dass Velofahren gerade für diejenigen attraktiv ist, die das Velo nur sporadisch benützen und dann vielleicht auf den Geschmack kommen.

Ein Vergleich: In der wesentlich kleineren Stadt Solothurn ist die Velostation am Bahnhof während 72 Stunden pro Woche betreut, in Biel während drei Stunden. Falls eine Vorortbetreuung in Biel nicht möglich oder opportun ist, muss es heute zumindest möglich sein, auf anderen Kanälen Eintritte erwerben zu können, beispielsweise auf einem Online-Portal mit dem Swiss Pass oder zumindest an einem Automaten. Nur so kann die Station auch für spontan Nutzende attraktiver werden. Dem Leistungscontrolling 2023 der Parking Biel AG ist nun zu entnehmen, dass eine Totalsanierung der Velostation ansteht. Dabei müssen wesentliche Verbesserungen erfolgen, damit die Velostation künftig auch für sämtliche Typen von Velos benutzbar ist, auch für E-Bikes, Cargo-Velos und Veloanhänger. Die Velostation am Bieler Bahnhof soll eine ähnliche Qualität bieten wie die Velostationen in anderen vergleichbaren Städten. Wir haben deshalb heute ein überparteiliches Postulat eingereicht, in welchem wir vom Gemeinderat wesentliche Verbesserungen im Angebot der Bieler Velostation fordern (überparteiliches Postulat 20240214 «Für eine vorbildliche Velostation»).

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Monsieur le Président, chers et chers collègues, le groupe parlementaire PSR a étudié avec attention le dossier du contrôle des prestations 2023 de la société Parking Bienne SA. Les parkings souterrains sont bien utilisés, ce qui est réjouissant. Je ne vais pas répéter les chiffres qui ont déjà été donnés. Toutefois, dans ce rapport, le nombre de places louées et les places disponibles sont indiquées. Il aurait été intéressant de savoir également quel est le taux d'occupation des places. Est-ce que le tarif du parking souterrain est le même que celui des parcomètres en surface ? À plusieurs reprises, j'ai entendu la voix des automobilistes

qui rechignent à se parquer en sous-sol, car selon eux, ça coûte plus cher dans les parkings qu'au bord de la route. Si ce n'est pas le cas, je pense qu'il faut le communiquer afin d'inciter ces automobilistes à occuper encore plus ces parkings, ou alors trouver de bonnes raisons pour encourager ou inciter à l'occupation de ces parkings. En ce qui concerne la station vélo, il est impératif que ces stations puissent être utilisées de manière optimale et que les abonnements puissent être délivrés d'une manière ou d'une autre. La manière dont cette panne a été gérée n'est pas acceptable, parce que ça doit fonctionner. De ce gros point négatif, nous espérons que des enseignements seront tirés pour éviter de les répéter ou afin de trouver une alternative efficace. Malgré cela, le Groupe PSR vous invite à accepter ce dossier. Je vous remercie de votre attention.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Ich danke der GPK für die kurze und positive Stellungnahme zum Leistungscontrolling der Parking AG.

Herr Rüber, Sie haben erwähnt, dass im Berichtsjahr die Umsatzzahlen leicht angestiegen sind. Wir sind bei etwas mehr als 5%. Je nach Parking bewegen sich die Zahlen sogar um etwas mehr als 10% und guten 7%. Vor allem bei der Esplanade sehen wir eine erfreuliche Entwicklung.

Zum Thema der Velostation wurde im Stadtrat schon mehrfach gesprochen. Sie konnten aus den Medien entnehmen, wie die Ausgangslage ist, was gemacht wurde und welche weiteren Schritte vorgesehen sind. Ich verzichte darauf, hier noch einmal alles zu wiederholen. Ich weise darauf hin, dass das Leistungscontrolling das Jahr 2023 betrifft und nicht 2024. Das Thema der Velostation ist aber sicher wichtig. Es betrifft einen Leistungsanteil, welcher rund CHF 36'000 Umsatz erbringt. Im Verhältnis zu den CHF 3,6 Mio., welche die Parking AG insgesamt erwirtschaftet, macht das etwa 1% aus. Wenn wir jetzt über 1% diskutieren und über die anderen 99% nicht, kann ich doch sagen, dass die Leistung der Parking AG insgesamt wohl als gut bewertet wird.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Leistungscontrolling der Parking Biel AG.

16. 20240149 Tätigkeitsbericht 2023 / Energie Service Biel/Bienne (ESB)

Scheuss Urs, GPK: Der ESB ist eines der wichtigsten Instrumente für die Energiewende und den Klimaschutz. Die Strategie des ESB wird konsequent auf das Ziel «Netto null Treibhausgase» ausgerichtet. Beim Strom hat der ESB das Ziel von 100% erneuerbar schon seit vielen Jahren erreicht. Schwieriger ist es bei «Netto null Treibhausgase». Der ESB bedient immer noch 5'500 Anschlüsse mit Gas, welches grösstenteils fossiles Erdgas ist. Der Gasausstieg wird eine grosse Herausforderung, zumal der ESB für Gas bis noch vor einigen Jahren Werbung als klimafreundliche Alternative zum Erdöl gemacht hat. Hier findet jedoch ein Umdenken statt. Das sehen wir beispielsweise daran, dass die Investitionsplanung für das Gasnetz aufgrund einer aktualisierten Planung optimiert wurde. Der ESB geht davon aus, dass die Kapazität des Gasnetzes in den kommenden rund 20 Jahren um über 60% reduziert wird. Diese Feststellung ist sehr wichtig, denn sie zeigt, dass der ESB den Gasausstieg in seine Investitionsplanung einbezieht. Die Neuanschlüsse sind in den vergangenen drei Jahren von über 120 auf 120 gesunken. Es gibt zwar immer noch einen Zuwachs an Gasanschlüs-

sen, leider nicht nur beim Wechsel von Erdöl zu Gas, sondern auch wegen neuer Gasheizungen. Dieser nimmt jedoch ab. Wenn die Entwicklung so weitergeht, werden wir bereits nächstes Jahr einen Rückgang der Gasanschlüsse verzeichnen können.

Dem stehen auf der anderen Seite massive Investitionen in Fernnetze gegenüber. Dafür muss allerdings viel Fremdkapital aufgenommen werden. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, dass der ESB langsam ans Limit kommt und die Investitionen in Zukunft eher zurückgefahren werden. Das ist sicher keine gute Nachricht. Umso wichtiger ist, dass sich die Investitionen auszahlen und alle Gebäude, bei denen es möglich und verhältnismässig ist, an die Fernwärme angeschlossen werden. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass der ESB den Ausstieg aus den fossilen Energien bei der Fernwärme fördert. HausbesitzerInnen mit einer bestehenden Öl-, Gas- oder Elektroheizung, welche weniger als zwanzig Jahre alt ist, können bei einem Anschluss an einen Wärmeverbund beim ESB einen Förderbeitrag beantragen.

Besser als erneuerbare und klimaneutrale Energie zu nutzen, ist es, weniger Energie zu brauchen. Die umweltfreundlichste und günstigste Kilowattstunde ist bekanntlich jene, die nicht verbraucht wird. Darauf setzt das am 9. Juni 2024 in der Volksabstimmung deutlich angenommene Stromgesetz (Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbarer Energie). Dieses sieht unter anderem vor, dass die Energieversorger mit Entwicklungsschwerpunkten Reduktionsziele beim Energieverbrauch erreichen sollen. Der ESB ist hier dem Gesetz schon voraus und bietet Beratungen zu Energieeinsparungen für Haushalte und KMU an.

Zum Schluss noch zwei Bemerkungen zum Betrieb: Der ESB konnte dieses Jahr mit dem Sozialpartner einen aktualisierten Gesamtarbeitsvertrag aushandeln und abschliessen. Damit werden gute Arbeitsbedingungen sichergestellt, was angesichts des Fachkräftemangels nötig ist. Für die Entwicklung der neuen Geschäftsfelder sind in den kommenden Jahren insbesondere im Bereich Wärme zusätzliche Fachkräfte nötig. Und schliesslich kommt es beim ESB auf der Leitungsebene zu einem Wechsel. Im Mai 2024 hat Frau Sarah Schläppi von Thomas Bähler das Präsidium des Verwaltungsrats übernommen. Herr Bähler war seit der Ausgliederung des ESB im Jahr 2013 Verwaltungsratspräsident. Ich danke Herrn Bähler für seinen Einsatz und Frau Schläppi wünsche ich viel Erfolg für die Weiterentwicklung des ESB. Die GPK dankt den Mitarbeitenden des ESB, die in den verschiedensten Bereichen für eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung und für eine sichere Wasserversorgung sorgen. Die Herausforderungen sind gross, aber der ESB ist auf dem richtigen Weg.

Moeschler Marie, au nom du Groupe PSR: Nous pouvons être fiers d'avoir une entreprise municipale dans l'énergie. ESB va très bien, en plus de ça. Que demander de mieux ? Merci pour ce rapport. Pour le groupe PSR, il est évident que les projets consacrés au développement du chauffage à distance d'ESB sont à saluer. Nous souhaiterions toutefois que cela puisse aller plus vite, car se départir du gaz sur une période de 20 ans et plus nous paraît bien long, compte tenu de la situation géopolitique qui ne va pas en s'améliorant et de la férocité du marché due à sa libéralisation. Eh oui ! La libéralisation entraîne des coûts supplémentaires pour tout le monde afin que quelques poches s'enrichissent au passage. Pour le groupe PSR, un autre point est à soulever. Ces dernières années, entre les opérateurs téléphoniques qui installent la fibre optique, les canalisations à réparer et ESB qui développe ces projets, nos rues ne sont parfois que de gros chantiers permanents. Non seulement ce n'est pas agréable de vivre constamment dans des travaux, mais en plus et surtout, nos rues ressemblent ensuite à un puzzle de béton mal assemblé. C'est moche et parfois même impraticable pour les personnes à mobilité réduite. Le groupe PSR souhaite vivement que tous ces travaux

soient à l'avenir mieux coordonnés et que pour l'argent dépensé, il soit exigé un travail plus propre des entreprises de construction. Pour finir, nous relevons qu'ESB emploie à ce jour 33% de francophones. Ce n'est pas mal, mais peut encore mieux faire pour une entreprise municipale. Nous remercions le Conseil municipal et ESB pour ce rapport.

Schlup Nina, Fraktion SP/JUSO: Beim Lesen des vorliegenden Berichts haben wir uns erst einmal gefreut. Wir erhalten CHF 13,8 Mio. Schon gut, ist der ESB ein städtisches Unternehmen und wurde nicht privatisiert. Ich danke den Mitarbeitenden des ESB, die über Jahre hinweg eine erstaunlich sichere Energieversorgung für die Bieler Bevölkerung sicherstellen. Trotzdem finden wir in der Strategie einiges, was uns nicht ganz zufriedenstellt.

Ich fange beim Gasnetz an: Es ist sehr schön, dass wir das Gasnetz in den nächsten 20 Jahren um 60% reduzieren wollen. Dabei bleiben aber noch 40% übrig, die irgendwie zu viel sind. Das Ziel wäre, komplett weg vom Gas zu kommen. Die Absicht, den Anteil an Biogas zu erhöhen, freut uns sehr. Ein Zuwachs von 20% auf 30% und gleichzeitig das totale Volumen zurückzunehmen, ist jedoch nicht eine sehr grosse Erhöhung. Es freut uns sehr, dass in die Wärmeverbünde investiert wird. Das ist eine klare Bestätigung dafür, wie wichtig diese heute schon sind und in Zukunft sein werden. Wichtig ist, dass das Fernwärmenetz in die öffentliche Hand gehört. Wir erleben im Energiesektor einen riesigen Umbruch. Dieser bietet uns die einmalige Chance, die Infrastruktur, welche eine Stadt braucht, von Anfang an unter demokratischer Kontrolle zu haben. Das Fernwärmenetz in Biel soll den Bielerinnen gehören und für die Bedürfnisse der Bieler sein. Nur so können wir verhindern, dass irgendwelche profitorientierten Firmen von ausserhalb entscheiden, wo es sich lohnt, ein Netz zu bauen und wo eben nicht. Nur so können wir verhindern, dass das Geld, das die BielerInnen für ihre Wärme bezahlen nicht an irgendwelche Energie-Giganten fliesst, sondern hierbleibt. Leider sind die Energieverbünde im Moment oft Tochterfirmen, weil die finanziellen Mittel knapp sind. Leider haben wir immer weniger Kontrolle darüber, wo das Fernwärmenetz gebaut wird und wie. Das ist enorm gefährlich, wenn wir an die CHF 13,8 Mio. denken, die wir dieses Jahr vom ESB bekommen haben. Aufgrund des allgemeinen Schrumpfens des Energieverbrauchs und mit dem verschwindenden Gasmarkt, wird diese Zahl in Zukunft kleiner.

Ich bin grundsätzlich dagegen, dass wir in den Energiepreisen eine Möglichkeit sehen, Gewinn zu machen. Wenn die Energiepreise plötzlich nicht mehr von der öffentlichen Hand kontrolliert werden, sondern von irgendwelchen profitorientierten Energie-Giganten, können wir sie nicht mehr beeinflussen. In diesem Sinne sind wir klar gegen eine Privatisierung und hoffen sehr stark, dass sinnvolle Lösungen gefunden werden.

Im Bericht werden die Massnahmen für die Zweisprachigkeit sehr schön aufgelistet, und wir haben uns auch darüber gefreut. Einerseits haben sie anscheinend immerhin teilweise einen Effekt und hoffentlich in Zukunft noch mehr, andererseits zeigen sie, dass es möglich ist, die Personalzusammensetzung zu prüfen und etwas zu unternehmen. So wäre es zum Beispiel gerade beim ESB bei der Gleichstellung an der Zeit, etwas zu machen. Nur knapp ein Fünftel der Angestellten sind Frauen, zu nonbinären Personen gibt es keine Angaben. Ein Fünftel scheint uns zu wenig, auch wenn es im Energiesektor sicherlich schwierig ist, Frauen anzustellen. Die Stadtverwaltung könnte bei der Geschlechterverteilung durchaus eine Vorreiterrolle übernehmen. Im Moment scheint dies nicht wirklich ein Thema zu sein. Im Geschäftsbericht des ESB gibt es drei Grafiken zum Personal: eine zur Entwicklung der Anzahl Mitarbeitender, eine zur Altersstruktur und eine zum Dienstalter. Die Geschlechterverteilung wird nur in der Grafik

zur Altersstruktur, quasi als Unterkategorie, aufgezeigt, sonst wird dieser Missstand nirgends erwähnt. Vielleicht könnte es sich beispielsweise lohnen, etwas mehr Teilzeitstellen anzubieten. Bei den insgesamt 177 Mitarbeitenden gibt es 160 Vollzeitstellen. Es gibt sicher auch andere Massnahmen, das ist nur ein Denkanstoss. Wir nehmen vom Bericht Kenntnis, freuen uns, dass etwas passiert und hoffen, dass noch mehr passieren wird. Vielen Dank!

Müller Lukas, parteilos: Auf den ersten Blick ist erfreulich, dass ein Monopolist einen Gewinn erzielt. Beim Blick hinter die Kulissen lässt sich jedoch feststellen, dass die Bürger der Stadt sehr viel gelitten haben. Seit 2022 sind die Strompreise in der Stadt Biel um 45% gestiegen. Allein 2024 sind die Strompreise um 13% teurer geworden. Die Strompreise zu erhöhen und dann einen Gewinn zu erzielen, ist für einen Service-public-Anbieter sehr bedauerlich. Eigentlich wäre es Aufgabe einer Service-public-Institution, günstige Stromtarife für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen der Stadt anzubieten.

Bei der Strategie ist es schade, dass sich der ESB herumschieben lässt. Noch vor einigen Jahren flossen schweiz- und europaweit gigantische Milliardensubventionen in die Gasbranche. Es wurde in Netze investiert. Alle diese rot dominierten Städte wurden an das Gasnetz angeschlossen, weshalb wir in Biel erreicht haben, dass 60% der Haushalte mit Gas betrieben werden. Jetzt soll in einer Kurzschlussreaktion aus dem Gas ausgestiegen werden. Dies ist weder wirtschaftlich noch fair gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Fernwärme ist etwas sehr Gutes. Ich bin im Kanton Aargau aufgewachsen. Dort haben wir sehr viele Fernwärme von den Atomkraftwerken und günstigen Strom.

Gerber Andreas, FDP: Ich möchte meinem Vorredner etwas erklären. Gas- und Strompreise in anderen Gemeinden sind explodiert, in Biel sind wir recht gut weggekommen. Auch der ESB muss Gewinne machen, damit er investieren kann. Ob wir die Fernwärme etwas Gutes finden oder nicht, sie hat eine politische Mehrheit. Ich gehöre auch zu jenen, die Fernwärme etwas Gutes finden. Ich denke nicht, dass der ESB die Bürger übervorteilen will. Mich befremdet die Äusserung meines Vorredners.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich möchte auf zwei, drei Punkte eingehen: Zuerst einmal danke ich für das Lob, das dem ESB ausgesprochen wurde. Die Situation im Energiesektor ist nicht einfach. Auch wenn sich jetzt die Lage etwas beruhigt hat, ist trotzdem ein grosser Umbruch spürbar.

Die Frage des Gasausstiegs wurde mehrfach erwähnt. Der ESB bereitet sich auf den Gasausstieg vor, die Zielnetzplanung wurde im Bericht beschrieben und vom GPK-Sprecher gewürdigt. Das Gasnetz kann jedoch nicht auf einen Schlag zurückgebaut werden. Ein Industriebetrieb in Bözingen beispielsweise wird auch künftig versorgt werden müssen. Es wird wahrscheinlich immer einen gewissen Gasanteil geben. Die Frage ist, wie hoch dieser sein wird. Das Ziel ist, dass der Restanteil mit Biogas abgedeckt wird. Hier sprechen wir vor allem von Hochtemperaturprozessen in der Industrie. Wir haben auch gewisse geografische Herausforderungen, bei denen der Einsatz einer Wärmepumpe schwierig ist, wie beispielsweise in der Altstadt. Dort müssen wir schauen, ob es andere Lösungen gibt. Diese Orte werden sicher am spätesten vom Gasnetz genommen werden können, falls dies überhaupt möglich ist. Das liegt in ferner Zukunft und dafür müssen wir eine Biogaslösung haben. An dieser arbeiten wir. Die Biogasproduktion ist im Moment in der Schweiz aber auch weltweit relativ knapp. Das Ziel des ESB ist es, dass nicht wie bisher Biogas in Norwegen eingekauft wird, sondern,

dass wir möglichst auf lokale Produktion setzen können. Dies ist natürlich einerseits eine Produktionsfrage und andererseits eine Preisfrage. Die kantonale Gesetzgebung fördert den Gasausstieg. Je weniger Kunden noch Gas brauchen, desto höher werden die Preise. Irgendwann gibt es einen Kipppunkt, wo es dann schnell geht. Wann dieser Punkt kommen wird, ist im Moment sehr schwierig abzuschätzen. Die finanzielle Seite ist ebenfalls eine grosse Herausforderung, denn der ESB lebt im Moment zu einem grossen Teil von den Einnahmen aus dem Gas. Mit dieser Problematik sind wir nicht allein, jeder Gasversorger wird davon betroffen sein. Der Bund wird irgendwann Antworten entwickeln müssen, wie vor allem die kleinen und mittleren Energieversorger damit umgehen können.

Noch kurz zur Frage über die Koordination im öffentlichen Raum. Wir sind uns bewusst, dass dies auf operativer Ebene eine grosse Herausforderung darstellt. Beim Fernwärmeausbau ist es schwierig aber wir versuchen, die Baustellen möglichst gut aufeinander abzustimmen und zu minimieren. Wenn für Projekte der Boden geöffnet wird, müssen alle Beteiligten ihre Leitungen gleichzeitig verlegen, wenn sie dies wollen. Nachher ist ein Moratorium von mindestens fünf Jahren einzuhalten, bevor der Boden wieder aufgerissen wird. Der Fernwärmeausbau ist ein neues Energieheizsystem. Viele HausbesitzerInnen stehen vor der Frage, eine erneuerbare Heizlösung zu installieren. Wir sind daran, die Projekte möglichst schnell umzusetzen. Vor allem weil Fachkräfte fehlen und diese zum Teil noch in Ausbildung sind, da der Bereich neu ist, stehen wir vor einer grossen Herausforderung.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Tätigkeitsbericht 2023 des ESB.

23. Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Wir kommen zum Nachtraktandum, der Wahl eines Mitglieds der GPK. Wie Sie alle wissen, tritt Anna Tanner per Ende Juni aus der GPK aus. Die Fraktion SP/JUSO schlägt für die Ersatzwahl Susanne Clauss vor.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Zuerst möchte ich mich bei Anna Tanner für ihren langjährigen Einsatz in der GPK als Vertreterin unserer Fraktion bedanken. Sie hat unsere Anliegen sehr gut vertreten, vielen Dank für ihr grosses Engagement in der Kommission. Als Ersatz von Anna Tanner schlagen wir Susanne Clauss vor. Sie kennen sie alle, schliesslich ist sie seit fast acht Jahren im Stadtrat. Wir sind überzeugt, dass sie unsere Fraktion sehr gut in dieser Kommission vertreten wird. Wir bitten Sie deshalb, unseren Vorschlag zu unterstützen. Danke, Susanne Clauss für die Bereitschaft, dieses Kommissionsamt zu übernehmen.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Es gibt nur eine Kandidatin, ich schlage deshalb vor, sie durch Akklamation zu wählen. (*Applaus*)

Ich gratuliere Frau Clauss herzlich zur Wahl. Sie nimmt die Wahl an und wünscht das Wort nicht.

17. 20240067 Motion Eggli Roland, GLP, «Schaffung einer Stadtplanungskommission für die Stadt Biel / Antrag an SR»

Das Stadtratsbüro beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

(Text der Motion und Antwort des Stadtratsbüros siehe Anhang 1)

Eggli Roland, GLP: Ich bin der Meinung, dass in der Stadtplanung zu oft über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden wird. Zwar wird mittels teurer Partizipation versucht, die Bevölkerung abzuholen, jedoch mit zwiespältigem Erfolg. Dies ist nicht nur bei Bauprojekten der Fall, sondern auch bei den 2023 für CHF 110'000 durchgeführten Workshops zum Thema der zukünftigen Nutzung des Kongresshauses. Dazu wurden verschiedene lokale Akteurinnen und Akteure aus den Bereichen Sport und Freizeit, Kultur, Tourismus und Wirtschaft eingeladen, um sich auszutauschen. Etliche der Eingeladenen waren über die Inkompetenz der für viel Geld beauftragten Firma Urbaplan entsetzt. Sie verzichteten bereits nach dem ersten Treffen auf eine weitere Teilnahme. Für rund CHF 10'000.- wurde eine Partizipation durchgeführt.

Die Absicht der vorliegenden Motion ist es, die Bedürfnisse der Bevölkerung frühzeitig in die Stadtplanung miteinzubeziehen. Die heutige Bieler Raum- und Stadtplanung wird von einer geringen Anzahl hochrangiger Angestellten beziehungsweise Gemeinderatsmitgliedern dominiert. Mit der Einführung einer Stadtplanungskommission soll der demokratische Prozess gefördert werden. Eine breitere Projektabstützung und damit verbunden eine grössere Planungssicherheit sowie Kosteneinsparungen sollen damit erzielt werden.

In der nun vorliegenden Beantwortung wird diese Idee wohlwollend aufgenommen. Unter dem Vorbehalt, dass die Kommission einer übergeordneten Ebene zugeordnet wird, soll verhindert werden, einen ineffizienten Verwaltungsapparat zu schaffen. Ich kann diesen Einwand nachvollziehen. Eine solche Kommission soll im Rahmen der Revision der Geschäftsordnung des Stadtrates (SO SR; SGR 1.5.1-1) von der Kommission RSO geschaffen werden. Es ist mir ein Anliegen, dass die Einheit der Stadtplanungskommission gewahrt wird, das heisst, eine Kommission geschaffen wird, welche für die Mobilität, die Planung der Stadträume und die Baubewilligungen zuständig ist. Was wir zukünftig brauchen, ist nicht eine Flut von Kommissionen, sondern die richtigen drei ständigen Kommissionen, welche über die notwendigen Befugnisse verfügen. Aus diesem Grund bin ich bereit, dem Antrag des Stadtratsbüros zu folgen und die vorliegende Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ich hoffe, dass ich Sie vom Sinn einer Stadtplanungskommission überzeugen konnte und wir ab Mitte der nächsten Legislatur über eine solche verfügen werden.

Augsburger-Brom Dana, parteilos: Herr Eggli, Sie verlangen, dass die Zusammensetzung der Kommission alle Stadtratsfraktionen miteinbeziehen soll. Ich bin nicht Ihrer Meinung, verstehe aber Ihre Position als Mitglied einer Fraktion. Als Parteilose wird man aber vergessen. Ich stelle mich nicht gegen die Schaffung einer Stadtplanungskommission, werde mich aber der Stimme enthalten.

Steinmann Alfred, SP: Eine Stadtplanungskommission mag auf den ersten Blick interessant sein. Jedoch würde für fast jede Stadtratssitzung ein Geschäft in dieser Kommission vorberaten. Die Arbeit der GPK würde auf finanzielle Themen und die Ober-

aufsicht der Direktionen reduziert. Eine Entlastung wäre zwar sinnvoll, aber damit würden die Kompetenzen der GPK sehr stark beschnitten. Der Stadtrat hat auch die Motion zur Schaffung einer Verkehrskommission erheblich erklärt (Motion 20210052 «Schaffung einer stadträtlichen Verkehrskommission»). Die Verkehrskommission hätte sicher weniger Themen zu behandeln, würde somit der GPK viel weniger Kompetenzen kürzen. Eine Verkehrskommission müsste auch nicht monatlich zusammenkommen, was deren Mitglieder zeitlich weniger belasten würde. Es braucht entweder eine Verkehrs- oder eine Stadtplanungskommission, aber sicher nicht beides. Ich bin jedoch bereit, dem Stadtratsbüro zu folgen und die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Tennenbaum Ruth, Stimmenzählerin: Das Stadtratsbüro (SRB) kann die Anliegen zur Schaffung einer Stadtplanungskommission des Motionärs nachvollziehen. Es ist ganz klar der Meinung, dass nicht eine Partikularkommission geschaffen werden sollte, sondern das Ganze grundsätzlicher anzuschauen ist. Da wir aufgrund der neuen Stadtordnung die Geschäftsordnung des Stadtrats (GO SR; SGR 1.5.1-1) revidieren müssen, ist zu prüfen, wie viele und welche parlamentarischen Kommissionen notwendig sind. Von daher ergibt es keinen Sinn, dieses Anliegen als Motion zu überweisen. Das SRB beantragt deshalb, die vorliegende Motion in ein Postulat umzuwandeln. Der Motionär ist damit einverstanden, so wie ich ihn vorhin verstanden habe. Die RSO-Kommission wird die verschiedenen Forderungen prüfen und dem Stadtrat anschliessend in der neuen Geschäftsordnung einen Vorschlag unterbreiten. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Antrags des SRB.

Scheuss Urs, RSO: Ich spreche als Präsident der Kommission RSO. Die Kommission RSO unterstützt den Antrag des SRB, die vorliegende Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ich danke dem Motionär, dass er dazu bereit ist. Wir haben verschiedene Vorstösse, welche ständige Kommissionen zu verschiedenen Bereichen verlangen. Die Kommission RSO ist dabei, eine Variante auszuarbeiten. Die Frage ist, wie sind die Kommissionen zusammengesetzt und was sind ihre Zuständigkeiten. Den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären, würde unseren Handlungsspielraum ziemlich einschränken. Letztendlich ist es am Stadtrat, darüber zu befinden, ob ständige vorberatende Kommissionen eingesetzt werden oder nicht. Jetzt berät die GPK, als Aufsichtskommission auch gesetzgebende Geschäfte vor. Dass wir bei diesem System bleiben, ist eine der Optionen.

Der Antrag des Stadtratsbüros wird vom Stadtrat nicht bestritten.

18. 20240106 Dringliches Postulat Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, «Handlungsspielraum ausweiten zu Gunsten der psychiatrischen Versorgung in Biel»

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang 2)

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Ich weiss nicht, ob Sie selber schon einmal in der Situation waren, Hilfe bei der Psychiatrieversorgung in Biel zu suchen. Es ist wirklich

sehr, sehr schwierig, einen Platz zu finden, sei es in der Psychiatrie, bei einem Psychiater oder einer Psychiaterin oder auch einem Psychologen. Die stationären Angebote sind übervoll, dort braucht es mehr Ressourcen. Nun wurde kommuniziert, dass der Kanton das PZM (Psychiatriezentrum Münsingen) und die Universitären Psychiatrischen Dienste Bern (UPD) fusionieren und in diesem Zug den Standort des PZM in Biel nach Münsingen verlegen will. Die Psychiatrieversorgung ist nicht nur deswegen, sondern auch allgemein in Biel nicht ausreichend. Ich bin sehr froh, dass der Gemeinderat die Dringlichkeit erkannt hat und seine Möglichkeiten nutzen will, um Einfluss zu nehmen.

Es ist ein Thema, welches auf kantonaler Ebene behandelt werden muss. Ich habe deshalb im Kantonsparlament einen ähnlichen Vorstoss eingereicht und dieser wurde schon beantwortet. Der Regierungsrat sagt, dass in Biel eine Zusammenarbeit mit dem Standort Brugg oder mit dem Standort Réseau de l'arc zu prüfen ist. Da sind aber noch viele Fragen offen, denn ein Transfer der Leute dorthin benötigt Zeit. Vor allem aber braucht ein neuer Standort Zeit für den Aufbau. In der Zwischenzeit brauchen wir eine Lösung. Von daher finde ich es richtig und wichtig, dass der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären. Ich hoffe natürlich, dass Sie für die psychiatrische Versorgung in Biel dem Antrag des Gemeinderats folgen werden.

Moeschler Marie, au nom du Groupe PSR: La santé psychique, longtemps pas considérée, puis devenue taboue, nous saute aujourd'hui au visage comme une bombe à retardement. La santé psychique, c'est aussi la santé publique. On lit de plus en plus d'articles sur des enfants et des adolescents en souffrance et en besoin de soutien psychologique. Et il n'y a plus de place, ni chez les psychiatres, ni chez les psychologues. Ça fait maintenant, en tout cas depuis 2020, que nous entendons des récits très alarmants et rien n'est fait, rien ne bouge. Je vais être peut-être un peu plus critique que ma collègue Anna Tanner sur la réponse du Conseil municipal. Dans cette réponse, il nous dit que son pouvoir est restreint en la matière. Mais il ne nous dit pas qu'il n'a pas de pouvoir. Partant, quelles sont concrètement les possibilités pour une commune en la matière ? C'est la question numéro 1 et nous estimons que sa réponse est insatisfaisante. Si pouvoir il y a, même limité, il faut agir vite. Certes, il incombe exclusivement aux prestataires d'offre psychiatrique de recruter suffisamment de personnel spécialisé. Mais le Conseil municipal ne pourrait-il pas créer les conditions de travail de qualité ? Cette réponse nous fait peur, car à en croire nos autorités, tant cantonales que municipales, envisager de prévoir un service psychiatrique adapté aux besoins dans le cadre du nouvel hôpital Bienne-Brugg semble suffisant, ce que nous contestons vivement au vu du nombre de personnes qui ont besoin d'aide, maintenant et tout de suite. Nous souhaiterions que le Conseil municipal fasse plus dans ce domaine de santé publique d'ampleur. Je vous remercie.

Clauss Susanne, SP: Ich möchte nochmals auf die Dringlichkeit dieses Anliegens aufmerksam machen. Es hat Jahre gedauert, bis die Krisenintervention geschaffen wurde. Stellen Sie sich einmal vor, Sie haben ein Kind, das suizidal ist und Sie finden keine Psychiaterin und können es nirgendwo hinbringen. Ich habe diese Situation in meinem Bekanntenkreis miterlebt. Es ist unerträglich. Meine Vorrednerin hat bereits gesagt, dass die psychische Gesundheit noch immer viel zu wenig Beachtung findet. Ich habe Kontakt nach England und dort ist Mental Health ein Thema. Es gibt Gesundheitszentren mit Psychiaterinnen und Psychiatern. Dass jetzt dieses Kriseninterventionszentrum einfach aus Spargründen hier in Biel geschlossen werden soll, zeigt einmal mehr, wie respektlos der Kanton mit der Stadt Biel umgeht. Wir sind die zehntgrösste Stadt in der Schweiz und schaffen es nicht, ein Kriseninterventionszentrum zu erhalten. Ich

appelliere deshalb an den Gemeinderat, sich dafür einzusetzen. Das ist immens wichtig! Die Grundversorgung darf nicht abgebaut werden. Unsere Ressourcen müssen in die Grundversorgung fliessen. Die psychische Gesundheit ist ein Thema, welches uns noch weiter beschäftigen wird.

Francescutto Luca, UDC: Je soutiens aussi pleinement ce postulat. De par mon métier de policier, je ne vous cache pas que sans service psychiatrique, on ne pourrait pas travailler. C'est quasiment chaque jour que l'on doit amener des gens au service psychiatrique à cause de leur comportement. Vous avez parlé des enfants, Madame Clauss, mais des adultes aussi, très souvent, on ne sait pas quoi en faire. Il y a une catégorie de personnes que l'on ne peut mettre ni en prison ni à l'hôpital, donc on espère pouvoir les présenter au service psychiatrique. Et c'est de plus en plus difficile d'accepter qu'ils soient traités parce que j'ai l'impression que ces dernières années, si un patient ne rapporte pas d'argent, il n'intéresse personne. Et puis c'est triste parce que ces gens qu'on devrait pouvoir présenter à un service psychiatrique, c'est des gens qui peuvent être un danger pour eux-mêmes ou pour d'autres dans la rue. C'est le dernier recours qu'on a et c'est de plus en plus difficile. Et puis je ne vous cache pas que si un jour on doit aller à Münsingen, ça va être juste impossible. C'est beaucoup trop loin. Déjà la Waldau, c'est trop loin, c'est trop compliqué, et souvent, ce n'est pas pris au sérieux, je dois le dire. C'est des gens qui, d'après mon avis et celui de mes collègues, n'ont rien à faire dans la rue, mais personne n'en veut. Alors, à l'époque, il y a 20 ans, on les mettait en prison, puis on s'en foutait, mais heureusement, on a un petit peu évolué, parce que ce ne sont pas des gens qui doivent être en prison, ce sont des gens qui doivent être soignés. Mais de plus en plus, on ne veut pas les soigner, on s'en fiche, on les laisse dans la rue, et puis je pense qu'en tant que Biennois, vous en croisez tous les jours, puis vous vous demandez sans doute ce qu'ils font dans la rue, et nous, on se pose la même question. Alors les services psychiatriques, c'est hyper important et je soutiens pleinement ce postulat. Merci.

Pittet Natasha, directrice de l'action sociale et de la sécurité: J'aimerais remercier les postulantes d'avoir déposé justement ce postulat qui va tout à fait dans le sens du Conseil municipal qui, déjà avant de le recevoir, avait écrit au Conseil exécutif pour faire part de ses craintes lorsque la fusion prévue de l'OPD et du CSM avait été annoncée. Le Conseil municipal suit ce dossier avec beaucoup d'attention et est conscient qu'il ne s'agit pas que de ces places d'intervention de crise dont on parle aujourd'hui qui se trouvent à proximité immédiate de l'hôpital. Il y a aussi un manque cruel de psychiatres sur place. Il y a un manque de place en ambulatoire. Il y a un manque de place pour les enfants, pour les adultes, ainsi qu'un besoin croissant pour la psychiatrie gériatrique. C'est un dossier que nous suivons. J'ai pu aller cette semaine avec M. Fehr à Berne pour parler avec le Conseiller d'Etat en charge du dossier pour lui faire part de nos inquiétudes. Je ne peux pas vous dévoiler la teneur exacte de la discussion, mais je peux dire, comme dirait les Vaudois, que j'étais déçue en bien. Il y a quand même une conscience des besoins. Il faudra voir maintenant comment cela sera mis en œuvre. Il est absolument essentiel pour le Conseil municipal que les places qui existent aujourd'hui soient maintenues, et qu'il y ait, si possible, des places de plus. En attendant l'ouverture de l'hôpital à Brügg, il n'est pas possible qu'il y ait une lacune, ne serait-ce que quelques mois. Comme l'a dit M. Francescutto, il n'est pas possible pour la police, ni pour les ambulanciers d'aller jusqu'à Münsingen ou dans le Jura bernois avec des personnes. Et encore faut-il qu'il y ait des places là-bas. Les cantons voisins, les régions voisines n'ont pas plus de places que nous. Donc nous suivons le dossier et

on espère que dans les prochains mois, on verra une amélioration de la situation dans ce domaine à Bienne. Merci.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Wir haben noch vier weitere Geschäfte auf der Traktandenliste. Möchten Sie jetzt eine Pause oder wollen Sie weitermachen? Ich sehe, Sie wollen keinen Sitzungsunterbruch, damit kommen wir zum nächsten Geschäft.

19. 20240107 Dringliches überparteiliches Postulat Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, Boly Kady, PSR, Bucher Juliet, SP, Kilezi Ruth, PSR, «Existenz eines Félicienne-Vouilloz-Muamba-Platzes garantieren»

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang 3)

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: Le 9 juin dernier, le peuple biennois a parlé. Il a, comme je le pressentais, rejeté le projet de réaménagement du Quai du Bas. Au passage, quel dommage, de ne pas avoir accepté la proposition de compromis de nos amis radicaux ! Une des conséquences, c'est que ça a entraîné une victime collatérale un peu innocente, c'est la place Félicienne Vouilloz-Muamba. C'est une victime collatérale innocente parce qu'au fond, c'était pratiquement le seul point de ce projet qui était incontesté aussi bien dans cet hémicycle et même dans la rue. Je n'ai entendu personne s'opposer à ce point-là. Et en règle générale, dans notre système politique, dans le principe de la démocratie directe, quand le peuple rejette un projet à une courte majorité, l'exécutif, quel qu'il soit, quelle que soit sa couleur politique, quel que soit son niveau, se fixe comme priorité de reprendre le ou les points qui ne sont pas contestés pour les appliquer au plus vite. Et c'est ce que nous attendons avec ce projet-là. D'autant plus, que Le Conseil municipal a une petite dette morale auprès de la population. Parce que, rappelez-vous, au début de ce printemps, sur ce projet, le Conseil municipal a communiqué en deux temps. D'une part, il a présenté de manière extrêmement détaillée, et c'était nécessaire, le projet de réaménagement du Quai du Bas pour essayer, visiblement en vain, de convaincre les opposantes et les opposants. Mais ensuite, il a fait un deuxième communiqué pour dire à quel point ce projet de place Félicienne Vouilloz-Muamba avait une importance symbolique qui était très forte. Et ça a suscité une énorme attente de la part d'une partie de la population, y compris des personnes qui étaient opposées sur le principe à ce projet, et pas qu'une attente auprès de la diaspora africaine, mais auprès de beaucoup de personnes qui s'étaient rendues compte de la portée symbolique importante pour cette ville qui se veut multiculturelle et qui l'est, et je crois que ça doit être notre fierté collective. Or, malheureusement, quand on lit la réponse du Conseil municipal, on ne peut être que déçu. Dans le troisième paragraphe, il y a un passage qui est absolument sidérant, c'est de dire qu'en cas de refus de ce projet, le nom de Félicienne Vouilloz-Muamba figurera certainement parmi les personnalités en question pour la prochaine place devant être nommée. Mais ça veut dire

quoi, certainement parmi ? Ça ne veut même pas dire peut-être, ça ne veut rien dire du tout, ça n'existe pas. Ce que l'on demande, ce n'est pas une promesse. Les promesses n'engagent que celles et ceux qui y croient. On ne demande pas des garanties, puisque c'est la responsabilité du Conseil municipal, mais on demandait qu'au moins dans cette réponse, il soit dit que ce sera une priorité. Ce mot ne figure nulle part dans la réponse du Conseil municipal. Et pour cette raison-là, franchement, on trouve que la réponse du Conseil municipal ne répond pas aux attentes qui ont été formulées, qui ont été diffusées, non seulement à Bienne, non seulement dans la région, mais même dans une grande partie de la Suisse. Pour ces raisons, sans surprise, je vous invite non seulement, bien évidemment, à accepter ce postulat, je pense qu'il n'est pas contesté, mais à refuser catégoriquement la proposition du Conseil municipal de le radier du rôle, et soit dit en passant, le Conseil municipal pourra avoir l'élégance de revenir sur sa proposition.

Tonon Ariane, au nom du Groupe Alliance Verte: Je suis tout à fait d'accord, ainsi que la fraction Alliance Verte, avec les propos tenus par Mohamed Hamdaoui tout à l'heure. Donc, je ne vais pas les répéter. Je veux simplement dire que la fraction Alliance Verte vous invite aussi à ne pas radier du rôle ce postulat.

Kilezi Ruth, au nom du Groupe PSR: Permettez-moi d'aller droit au but et je vous prie de bien vouloir excuser ma franchise, mais la réponse du Conseil municipal me semble particulièrement légère et frôle la mauvaise foi. Tout d'abord, le Conseil municipal nous informe qu'il ne peut garantir que la prochaine rue ou place portera le nom de Félicienne Vouilloz-Muamba car « il doit respecter les critères énoncés à l'article 3 alinéa 1 de l'Ordonnance sur le registre des rues et des places à Bienne (RDCo 7.3-1), l'emplacement d'une rue ou d'une place pouvant notamment faire pencher la balance pour l'une ou l'autre personnalité ». En consultant ladite ordonnance, il est frappant de constater que le Conseil municipal omet de mentionner la première phrase de l'article 3 alinéa 1 qui stipule: « Les rues et les places peuvent porter le nom de personnes importantes pour la Ville de Bienne ». Félicienne Vouilloz-Muamba n'était pas une personne ordinaire. C'était une femme qui avait profondément marqué son époque. Pour ceux qui la connaissent, elle représentait et représente encore un exemple d'abnégation, de courage et d'engagement sans faille. Elle affrontait deux handicaps dans notre société, celui d'être une femme et celui d'être noire. Cependant, cela ne l'a pas empêchée de briser les barrières en devenant la première femme noire à siéger dans ce Parlement, ma prédécesseuse, ainsi qu'au Grand Conseil. Elle s'est battue pour être acceptée et elle a ouvert la voie pour d'autres. Elle était une femme très engagée et compétente, dotée de multiples casquettes: juriste, médiatrice culturelle, conseillère en planning familial et santé sexuelle. Elle s'est investie dans la lutte contre le racisme, contre l'excision, pour les droits des étrangers et a participé au mouvement féministe. Que dire de plus ? Elle était tout simplement une femme remarquable qui mérite amplement qu'une rue ou une place à Bienne porte son nom. De plus, sous l'initiative de la Ville de Bienne, la population consultée par sondage a largement plébiscité Félicienne Vouilloz-Muamba. Il serait judicieux de tenir compte de cette volonté populaire et de rendre hommage publiquement à cette personnalité exceptionnelle. Par ailleurs, il est indéniable que peu de places publiques portent le nom de personnalités féminines et la Ville s'est engagée à réduire cette inégalité. L'article 3 alinéa 2 de l'ordonnance précitée stipule qu'il convient de veiller à une représentation équitable des deux sexes dans les places publiques. Cet argument renforce la proposition d'honorer Félicienne Vouilloz-Muamba lorsque les prochaines places publiques seront nommées,

d'autant plus que la Ville ne manque pas de projets futurs. Par conséquent, le groupe parlementaire vous invite à maintenir ce postulat.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Nous avons également étudié ce postulat urgent interparti. Nous avons entendu ce qui vient d'être dit et nous avons quand même recherché l'histoire de Mme Félicienne Vouilloz-Muamba, qui est effectivement une histoire extraordinaire. Cette femme a fait de nombreuses choses pour lesquelles on peut effectivement être fier en tant que Biennoise ou Biennois. Nous avons aussi pris note de la volonté de la population biennoise d'avoir une place, ou une rue, mais c'était une place en l'occurrence, portant le nom de cette personnalité biennoise. Par contre, nous avons une approche quelque peu différente, en ce sens que nous allons suivre l'avis du Conseil municipal, parce que nous lui faisons confiance et savons qu'il va réagir justement et trouver la bonne solution dans ce cas. C'est pour ça que nous allons voter la proposition du Conseil municipal de radier du rôle comme étant réalisé ce postulat interparti urgent.

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: D'abord, je suis heureux de savoir que de temps en temps, ça vous arrive de faire confiance au Conseil municipal. Mais au-delà de ça, je ne comprends pas l'argument. C'est un postulat, un postulat qui ne coûte pas un rond. Il y a énormément de postulats ici qui coûtent effectivement un saladier parce qu'il faut demander des rapports à l'administration avec des experts qui vont nous coûter. Là, c'est un symbole qui est fort, et ça peut être Félicienne Vouilloz-Muamba ou bien n'importe qui d'autre, c'est simplement de dire que, bon sang de bois, il y a une personne qui nous a donné une certaine forme de fierté. Alors j'aurais également une fierté de me dire qu'il y a une unanimité dans ce Conseil de ville, en tout cas, aucune opposition, et surtout pas la tienne, pour dire que, oui, on accepte ce postulat, et puis on refuse de le mettre au placard. Cela ne coûte pas un rond. Je serai toujours opposé aux postulats qui coûtent de l'argent, mais celui-là, il nous rapporte beaucoup au niveau intellectuel.

Augsburger-Brom Dana, parteilos: Ich bitte den Gemeinderat, einen Vorstoss erst als erfüllt zur Abschreibung zu beantragen, wenn die Forderung erfüllt wurde. Im vorliegenden Postulat ist das noch nicht der Fall.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich glaube, bei der Interpretation der Beantwortung des Vorstosses handelt es sich um ein Missverständnis. Der vorliegende Vorstoss ist ein Postulat und damit ein Prüfauftrag. Diesen haben wir erfüllt, deshalb beantragen wir die Abschreibung. Der Gemeinderat sagt in seiner Antwort nicht, dass er nicht einen Platz nach Félicienne Vouilloz-Muamba benennen wird. Er hält lediglich fest, dass es im Moment kein entsprechendes Projekt gibt. Es gibt Richtlinien, die wir berücksichtigen müssen und dazu gehört beispielsweise der örtliche Bezug. Gerade weil es sich um eine so wichtige Persönlichkeit handelt, kommt nicht einfach jeder x-beliebige Platz oder Strasse in Betracht. Aus diesem Grund können wir heute nichts versprechen. Das heisst aber nicht, dass es keinen solchen Platz geben wird. Ich hoffe sehr, dass wir uns bald an der entsprechenden Namensgebung treffen können, aber ich weiss heute nicht, wo dieser Platz oder diese Strasse sein wird. Schliesslich sind wir uns darüber einig, dass es diesen Platz braucht. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird erheblich erklärt aber nicht abgeschrieben.

20. 20240108 Dringliche überparteiliche Interpellation Tanner Anna, SP, Kilezi Ruth, PSR, Lehmann Caroline, GLP, Tennenbaum Ruth, PAS, «Einwohner- und Spezialdienste (ESD): Transparenz, Partizipation und Massnahmen jetzt!»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang 4)

Tanner Anna, SP: Wir haben schon sehr viel über diese Thematik diskutiert und es ist immer noch dringend nötig, da aus der Beantwortung zu wenig ersichtlich wird, was sich verbessert. Es wird immer nur in Aussicht gestellt, die Situation werde besser. Die Umsetzung der Reorganisation bleibt abzuwarten. Bis heute hat sich die Situation nicht verbessert. Es wäre gut zu wissen, ob nicht mehr so viele Leute von nur einer Person geführt werden. Zudem soll die zuständige Ansprechperson in den Dossiers ersichtlich sein. Das sind alles gute Massnahmen, aber ich denke nicht, dass sie ausreichen. Es braucht unbedingt mehr Massnahmen, denn die Wartelisten sind immer noch lang. Spannend wäre zu erfahren, ob sich dort schon etwas verändert hat oder nicht. Mir fehlt ein allgemeiner Kulturwandel. Ein Verständnis für interkulturelle Kommunikation oder für migrationsrechtliche Anliegen wäre in diesem Bereich wichtig. Wichtig wäre ausserdem eine Gruppe, die den ganzen Prozess begleitet und bei welcher Fachwissen aus verschiedenen Bereichen vorhanden ist. Eine Reorganisation mit Informatik und Verwaltungstechnik zu machen, ist wahrscheinlich nicht der richtige Weg. Es braucht übergeordnete und vertrauensbildende Massnahmen.

Nachdem bekannt wurde, dass Übergriffe bei den Einwohner- und Spezialdiensten stattgefunden haben, wurden die Vorfälle drei Monate lang untersucht. Was ist in diesen drei Monaten passiert? War die betreffende Person immer noch an der Front beschäftigt? Hätte diese nicht schon früher irgendwie aus dem Verkehr gezogen oder anderswo beschäftigt werden müssen? Welche Massnahmen wurden ergriffen, um das Vertrauen in die Stadtverwaltung aufzubauen? Dieses Thema ist äusserst wichtig und es ist mir ein grosses Anliegen, dass dieses Problem gelöst wird. Ich hoffe, dass im Schlussbericht endlich Massnahmen geschildert werden, welche tatsächlich eine Veränderung bringen und nicht einfach nur Veränderung versprechen.

Kilezi Ruth, PSR: Il est de notoriété publique que la situation du Service des habitants et des Services spéciaux est préoccupante. Cela fait des années que des interventions sont déposées auprès du Conseil de ville et la situation demeure inchangée. Il y a toujours environ 1 400 dossiers ouverts et en attente aux dernières nouvelles. Depuis de nombreuses années, les habitants biennois vivent dans une détresse palpable et cela perdure encore aujourd'hui. En examinant les réponses du Conseil municipal, il semble que l'un des problèmes de ce service réside dans les ressources en personnel. Or, ce n'est pas là le véritable problème. Le problème est ailleurs. Il est structurel et

organisationnel. Un service bien organisé fonctionne correctement et ne tolère pas de dysfonctionnement. Ce service a besoin d'une refonte complète et non simplement de faire appel à des employés d'autres unités administratives pour prêter main forte, mais d'une restructuration en profondeur. Qui parmi nous accepterait de recevoir la prolongation de sa carte d'identité après plus de six mois ? Qui accepterait de ne pas pouvoir conclure un bail de location parce qu'il n'est pas encore en possession de sa carte d'identité en raison de la lenteur récurrente dans la délivrance de son permis de séjour par le service compétent ? Personne. Toutes ces démarches ordinaires deviennent extrêmement compliquées pour les personnes concernées et elles en souffrent au quotidien. Par ailleurs, le mandat de BDO a pris fin en avril, ce qui signifie qu'un rapport final a dû être remis au Conseil municipal. La question immédiate est de savoir quand ce rapport sera communiqué afin que nous puissions en prendre connaissance et identifier où se situent les problèmes. Nous vous prions de communiquer ce rapport sans délai.

Pittet Natasha, directrice de l'action sociale et de la sécurité: Je vais commencer par la dernière question. Le rapport BDO a été reçu par mes services la semaine dernière, remis au Conseil municipal en prise de connaissance hier et transmis par la même occasion à la Commission de gestion qui l'a reçu dans son entièreté hier ou aujourd'hui, je ne sais pas quand le mail est parti. Ce rapport a été remis de manière brute, c'est-à-dire sans analyse interne, sans détail de comment les mesures proposées par BDO vont être mises en œuvre. Et cette affaire-là va être présentée au Conseil municipal après l'été. Le Conseil de ville, donc, par le biais de la Commission de gestion, a été informé en même temps que le Conseil municipal, disons à quelques heures près, et je vais me rendre à la Commission de gestion le 15 août pour donner plus d'explications.

Je vais revenir sur quelques-uns des points prévus. Une refonte complète est prévue. Nous prévoyons de réorganiser entièrement la manière de travailler, l'organisation complète. Il y a déjà des mesures qui ont été prises. Lors de la séance du Conseil de ville du mois d'août il y aura un postulat avec les mêmes thèmes. Et là, vous aurez la liste complète des mesures qui ont déjà été prises ou qui avaient été prises quand j'ai fait la réponse il y a quelques semaines. Je vous en épargne la lecture ce soir, mais je vais revenir sur quelques points qui ont été mis en place récemment. Par exemple, la formation de groupes spécifiques pour certains domaines. Auparavant, justement, l'une de vous l'a soulevé, la personne qui demandait son permis, une prolongation de permis, l'obtention d'un permis en arrivant de l'étranger, avait plusieurs interlocuteurs différents. Aujourd'hui, le but, c'est de mettre sur pied des équipes spécialisées pour chaque type de travail. Que ce soit une prolongation de permis ou l'arrivée d'une personne qui vient d'ailleurs, d'un autre pays ou d'un autre canton, les regroupements familiaux, parce que ce sont des cas différents et d'avoir des groupes spécialisés qui s'occupent uniquement de ces cas-là, sauf s'il y a des problèmes juridiques compliqués, ce qui peut être le cas, et là, il faut avoir recours aux juristes. Mais pour les cas habituels, le but est de pouvoir faire ça de manière régulière et routinière, et d'avoir une « ownership » du dossier complet, c'est-à-dire le prendre du début à la fin quand on le donne à la personne. Et ça, c'est aussi une culture de travail, d'être responsable pour son dossier dans l'entier et pas juste d'un petit élément. On parle de culture d'entreprise ou de culture de service et effectivement, une des tâches qui avait été donnée à BDO était d'organiser des ateliers, des journées de sensibilisation et d'amélioration de la notion de service de certains collaborateurs. Ces ateliers n'ont pas pu être faits, étant donné que le mandat a cessé fin avril, comme vous le savez, mais ils sont déjà prévus

avec le Service du personnel au mois de septembre, après les vacances d'été, pour justement aller dans cette bonne direction.

Vous dites que le nombre de dossiers n'a jamais baissé. Ce n'est pas tout à fait vrai. En 2022, il y a eu une baisse conséquente. Et pour des raisons que je ne peux pas expliquer, il y a eu une recrudescence l'année passée. On est remontés aux 1 400 dossiers qu'on avait auparavant. J'espère que nous pourrions y remédier. Mais ce sont deux choses différentes. Avoir un service qui fonctionne bien pour le travail de tous les jours et d'en plus, rattraper ce retard. Pour arriver à un nombre de dossiers en suspens normal, quand on regarde dans d'autres services, ce serait environ 300 à 400 dossiers en cours. Effectivement, attendre six mois pour la prolongation de permis, ce n'est pas normal. Je suis allée voir dans d'autres cantons, d'autres villes. Par exemple, à Genève, c'est trois mois minimum pour un renouvellement de permis B. Dans la ville de Berne, c'est huit semaines. J'aimerais viser quelque chose qui ressemble à cela, afin que les personnes n'aient pas à attendre trop longtemps. Pour renouveler un bail, normalement, les bailleurs biennois, même si tous ne sont pas Biennois, savent que la feuille qui dit que le dossier est en cours suffit. Ces feuilles sont actuellement établies pour six mois et non trois mois. Donc, pendant six mois, la personne qui attend son permis n'a pas besoin de retourner au bureau.

Je pense qu'il manque quand même du personnel. Quand on regarde le benchmark avec les autres villes bernoises que sont Thoun et Berne, on voit que pour le nombre de dossiers, pour le nombre de renouvellements, notre service était en sous-effectif. Et je peux vous dire que le Conseil municipal et ma direction ont non seulement déjà pris des personnes qui sont venues donner un coup de main, mais ont également pu prolonger des postes de stagiaires à cet effet. Je pense qu'il suffit de vous dire cela aujourd'hui et au mois d'août, on se revoit pour la suite. Et si vous avez d'autres questions, n'hésitez pas à vous adresser à moi.

Die Interpellantinnen sind von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

21. 20240110 Dringliche Interpellation Wendling Cécile, FDP, «Gefahrenkarte Kanton Bern, Sistierung Planaufgabe, neues geologisches Gutachten für Vingelz»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang 5)

Wendling Cécile, FDP: Ich betone heute noch einmal, dass die betroffenen Vingelzer Grundeigentümer sehr viel Geld in die Hand nehmen mussten, um ein Gegengutachten erstellen zu lassen. Die Gefahrenkarte beziehungsweise deren Anpassung und Änderung der baurechtlichen Grundordnung wäre ansonsten auf falschen Grundlagen erstellt worden. Stossend ist, dass berechtigte Zweifel an den Grundlagen bestanden, welche für die Gefahrenkarte vorlagen. Mit der Stadtverwaltung hat es nicht so funktioniert, wie es aus meiner Sicht funktionieren sollte. Die Grundeigentümer wussten nicht, ob das Gegengutachten rechtzeitig erstellt und wirklich berücksichtigt wird. Diese Unsicherheit bestand leider sehr lange. Gerade unter solchen Umständen sollte eine Zusicherung vonseiten der Stadt frühzeitig vorliegen. Kein Verständnis habe ich für den Zeitdruck, der gemacht wurde. Wir entnehmen der Beantwortung, dass die Frist für das Gutachten sechs Monate betrug. Was die Massnahmen und die Kostenübernahme

auch bezüglich Unterhalt für die Zukunft bedeuten, das muss gestützt auf die Ergebnisse noch einmal neu geprüft werden.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Mir liegt noch keine neue oder angepasste Planung vor. Ob Ihre Feststellungen und Aussagen am Schluss zutreffen, werden wir sehen. Klar ist, dass eine Gefahrenkarte erstellt werden muss. Das ist auch im Interesse der betroffenen Grundeigentümer, sonst können sie dort nämlich gar nichts mehr tun. Einerseits braucht es eine Gefahrenkarte nach eidgenössischem und kantonalem Recht, darüber können wir gar nicht diskutieren. Ausserdem sind bei einer fehlenden Gefahrenkarte alle Bauvorhaben blockiert. Zu den materiell richtigen Lösungen gibt es unter Umständen Spielraum. Klar ist, dass von solchen Verfahren betroffene Grundeigentümer versuchen, die Kosten möglichst tief und den Spielraum beim Bauen möglichst hoch zu halten. Umgekehrt gibt es Schutzaufträge und Schutzinteressen. Im vorliegenden Fall handelt es sich dabei weniger um die Denkmalpflege, als vielmehr um die Abwehr von Gefahren gegen Leib und Leben. An den mehrstufigen Planungsverfahren ist von mir aus absolut nichts zu kritisieren. Es ist ein völlig normaler Prozess. An den Sitzungen gab es immer klare Aussagen. Ich verstehe nicht ganz, warum Sie nicht befriedigt sind.

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

22. 20240109 Dringliche Interpellation Heiniger Peter, PdA, Pir Chè Celik, PdA, Augsburg-Brom Dana, parteilos, «Weiteres Vorgehen im Mettmoos ('Stadtmist')»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang 6)

Heiniger Peter, PdA: Warum haben wir die vorliegende Interpellation eingereicht? Das Mettmoos hat eine grosse Bedeutung. Wir wissen alle, dass die früheren Generationen Mist gemacht haben, deshalb heisst es auch «Stadtmist». Jetzt muss die Mülldeponie zurückgebaut werden. Auf unsere Frage wurde geantwortet, dass alle möglichen Vorkehrungen getroffen werden. Ich stelle fest, dass seit 2006 vor Ort technische Untersuchungen durchgeführt werden. Diese führten bis jetzt zu keinem zielführenden Resultat. Die Beantwortung hält lediglich fest, dass die gesundheitsschädigenden Belastungen für Mensch und Tier relativ gering sind. Nach Rücksprache mit verschiedenen Naturwissenschaftlern weiss ich, dass aufgrund der Untersuchungen durchaus Reaktionen von verschiedenen Stoffen auftreten könnten. Ich hoffe, dass der Gemeinderat hier zuverlässig mit äusserster Vorsicht vorgeht. Ich bitte darum, die Altlasten sorgfältig zu entnehmen. Wir werden das weitere Vorgehen im Auge behalten. Ich stelle an dieser Stelle fest, dass keine klaren Ergebnisse mitgeteilt wurden.

Die InterpellantInnen sind von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Damit ist die Sitzung geschlossen. Ich wünsche Ihnen schöne Ferien.

24. Neueingänge

20240212	Überparteiliche Motion, Gerber Andreas, Fraktion FDP, Bord Pascal, Fraktion PRR	PRA
	30 Minuten gratis parkieren in den städtischen Parkhäusern	
	Motion interpartis, Gerber Andreas, Groupe FDP, Bord Pascal, Groupe PRR	MAI
	Stationner gratuitement durant 30 minutes dans les parkings municipaux	
20240213	Überparteiliche Motion, Koller Levin, SP, Tanner Anna, SP, Moeschler Marie, PSR, Roquet Hervé, PSR	FID
	Aus obligatorisch aufzulösenden Reserven Mittel für den städtischen Wohnungsbau bilden	
	Motion interpartis, Koller Levin, PS, Tanner Anna, PS, Moeschler Marie, PSR, Roquet Hervé, PSR	DFI
	Utiliser la dissolution obligatoire de réserves pour constituer des fonds pour la construction de logements par la Ville	
20240214	Überparteiliches Postulat, Briechle Dennis, Fraktion GLP+, Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, Fraktion PSR	FID
	Für eine vorbildliche Velostation	
	Postulat interpartis, Briechle Dennis, Groupe PVL+, Scheuss Urs, Groupe Alliance Verte, Koller Levin, Groupe PS/JS, Stolz Joseline, Groupe PSR	DFI
	Pour une station-vélo exemplaire	
20240215	Interpellation, Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen	PRA
	Baureglement: Was gilt denn nun?	
	Interpellation, Schneider Sandra, Groupe UDC/Les Confédérés	MAI
	Règlement de construction : mais qu'est-ce qui vaut ?	

Schluss der Sitzung / Fin de la séance: 20:30 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident

Die stv. Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire suppléante:

Egger Isabelle, stv. Ratssekretärin

Protokoll:

Scheurer Nathalie

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Pinto Bernardino Floriane

27. Juni 2024/ bielrs1.xml